

ÖKOSTEUERNEWS 21 – JULI 2003

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>

Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	9
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	13
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	14
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	16
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL	23
8.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	27
9.	JOBS.....	27
10.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	30
11.	VERANSTALTUNGEN.....	31
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE	34

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuern und Leser des ÖSN,

Nach der Konferenz-bedingten Pause im Juni finden Sie in dieser Juli-Ausgabe Artikel über die Konferenz in Hamilton/Neuseeland (Rubrik 3), über Sub-

ventionen und deren Abbau, sowie die neuesten Entwicklungen in unseren europäischen Nachbar-

ländern. Was uns aufgefallen ist: Überall geht's voran, nur in den USA geht's zurück!
Über die Konferenz in Sydney werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Wir möchten Sie gern schon jetzt auf eine Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie und des Fördervereins Ökologische Steuerreform aufmerksam machen:

Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Am 11.09.03 10:00 bis 17:00 im Umweltbundesamt in Berlin

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>, <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

Nicht vorenthalten wollen wir Ihnen einige Zitate, die wir in den letzten Wochen gefunden haben:
Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, Emma Kellner, sagte zu der Frage, welche Subventionen am leichtesten gekürzt werden könnten:

In erster Linie sind das ökologisch schädliche Subventionen des Flugverkehrs. Nach wie vor werden Regionalflughäfen gefördert. Das geht so weit, dass Flüge von Hof nach Frankfurt subventioniert werden oder das Kerosin für die Interkontinentalflüge am Münchener Flughafen. Dafür gibt es keinerlei Notwendigkeit. Es ist nicht so, dass zu wenig geflogen wird. Im Gegenteil. (SZ vom 09.07.03)

Der Steuerexperte Lorenz Jarras zur steuerlichen Überbelastung des normalen Arbeitnehmers:

Sommerliche Impressionen – Und sie bewegt sich doch!

Erstaunlich, wie ergiebig die Lektüre einer guten Tageszeitung sein kann, wenn sie die durch Brille des Ökosteuerbefürworters erfolgt. Hier die Ausbeute weniger Julitage.

(1) Trügerische Hitze. Das schöne Wetter ist nicht gerade geeignet, im Durchschnittsbürger ein Gefühl dringenden ökologischen Handlungsbedarfs auszulösen. Wohl eher im Gegenteil. In der Wissenschaft spricht man vom fatalen Paradox des *Better before worse*: Auf der einen Seite bewahrheitet das schöne Wetter die Prognosen der drohenden Erderwärmung, auf der anderen Seite lähmt es die Impulse zu deren Bekämpfung. In Bayern sind in den letzten zwanzig Jahren die Durchschnittstemperaturen um 1,5 Grad gestiegen, die Niederschlagsmengen je-

Das ist mehr als eine Überbelastung, das ist eine systematische Ausplünderung. Kein großer Wurf im Steuerrecht kann gelingen, wenn man nicht diese Ausplünderung der normalen Lohn- und Einkommensteuerzahler beendet. Das Problem ist ja nicht so sehr die Lohnsteuer, die ja nur ein Drittel der Belastung ausmacht, sondern es sind die steuerähnlichen Sozialversicherungsbeiträge. (SZ vom 5./6. Juli)

Und schließlich noch Börsenexpertin Claudia Volk:

Der Klimawandel trifft auch den Aktienmarkt. (SZ vom 11.07.03)

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen! Ihr FÖS-Team

doch um zwanzig Prozent zurückgegangen, im Sommer gar um 30 Prozent. Unter Fachleuten diskutiert man bereits den Anbau anderer Obst- und Getreidesorten. Bei Gerste gibt es dramatische Ertragsseinbußen, bayerische Äpfel färben sich nicht mehr rot, weil die Nächte zu warm sind. (SZ 10.7.). Schmerzlich trifft diese Entwicklung auch das schon heute trockenste Bundesland Deutschlands, Brandenburg, wie eine aktuellen Studie des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung belegt (http://www.pik-potsdam.de/news/brdbg_studie.html). Nicht nur Bauern, auch Börsianer müssten eigentlich glühende Ökosteuerfreunde werden. Die Investmentbank WestLB Panmure hat mögliche Folgen für Wirtschaft und Börse untersucht. Das

Résumé der Aktienstrategin Claudia Volk „Der Klimawandel kann Volkswirtschaften und Unternehmen großen Schaden zufügen“ (SZ 11.7.).

(2) *You lose a few, you win a few.* Das neuerdings konservativ regierte Mallorca schafft die Ökosteuer wieder ab – in Wahrheit nur eine Art Kurtaxe, doch mit ökologischer Verwendung der Erträge. Hier hätte man sich – anders als beim Tölpel Stefani – mehr Mut zum konstruktiven Konflikt mit den deutschen Touristen gewünscht.

Ausgleich kommt von unerwarteter Stelle: Die Finanznot der amerikanischen Bundesstaaten, die anders als unsere Bundesländer einem konstitutionellen Verschuldungsverbot unterliegen, zwingt diese neuerdings zum Ausbau so genannter *Sin Taxes*. Immerhin gibt es nun zwei Staaten, deren Sündenbegriff modern genug ist, auch Benzinverbrauch einzuschließen, nicht nur die üblichen Verdächtigen Alkohol und Tabak. Michigan und Alaska erhöhen die Treibstoffsteuern (SZ 14.7.;

<http://www.michigan.gov/treasury/>

<http://www.tax.state.ak.us>).

In dieser Nummer unseres Newsletters finden sich viele weitere kleine Siegesmeldungen von der weltweiten Ökosteuerfront.

(3) *Unbemerkte Fortschritte.* Die Ökosteuer steigt, und keiner merkt es. Ab 1. September müssen LKW eine Maut zahlen – zusätzlich zu den ohnehin im Europavergleich recht hohen Dieselsteuern. Für den FÖS ist die Harmonisierung der Dieselsteuern dringlicher als bei jeder anderen Steuerart, denn auf der Straße stehen Deutschlands Trucker in direkter Konkurrenz zu Wettbewerbern, die den Treibstoff billiger einkaufen können. Den Ärger über diese unfaire Konkurrenz können wir nachempfinden – insbesondere bei Piratenländern wie Luxemburg, wo es schon ganze Tankstraßen gibt. Um so besser auch die neueste Nachricht (siehe Rubrik Nr. 3), dass Belgien ebenfalls seine Diesel- und Benzinsteuern erhöhen will.

Natürlich sollte die Diesel-Harmonisierung auf möglichst hohem Niveau stattfinden, hier muss der einschlägige EU-Richtlinien-Entwurf noch nachgebessert werden. Trotzdem: 2 bis 3 Milliarden mehr Umweltsteuern mit den entsprechenden Lenkungseffekten, und das nahezu ohne öffentlichen Aufschrei, – das ist schon fast ein Wunder. Nicht einmal die fernsehwirksame Verteilung von Geldscheinen an Not leidende Trucker durch Herrn Westerwelle ist zu befürchten, da die Mauterhebung

nicht primär bar an den Mautstellen, sondern elektronisch erfolgt. Einen Slogan können wir allerdings schon vorschlagen: *Mauten für die Wende (statt Tanken für die Rente)!*

(4) *Rettung aus den bayerischen Alpen?* Stellt schon die weitgehend geräuschlose Maut-Einführung für LKWs ein kleines Wunder dar, so bleibt einem bei den neuesten Meldungen aus Bayern die Spucke ganz und gar weg. Die CSU will die Maut auch für Autofahrer. In der Zentrale des ADAC muss man das Gefühl haben, München sei neuerdings ein Erdbebengebiet. Muss der ADAC nach Texas umziehen? Dahinter kann nur eine Intrige des FÖS stehen, vermutet man, und genauso ist es. Federführend an der Entwicklung des neuesten CSU-Coups beteiligt war FÖS-Beiratsmitglied Josef Göppel. An den Sprecher des Arbeitskreises Umwelt der CSU auf diesem Wege herzlichen Glückwunsch zu der überzeugenden Initiative, die die festgefahrene Diskussion in Bewegung bringt. (SZ vom 9. Juli zur Maut, vom 14. Juli 2003 zur CSU).

Unsere erste Bewertung: Maut und Treibstoffsteuern können sich sinnvoll ergänzen, sind aber keineswegs Substitute. Mit der Maut lässt sich eine gezielte Verkehrslenkung, weg von neuralgischen Strecken und Zeiten, punktgenauer erreichen als mit Ökosteuern. Damit lassen sich insbesondere volkswirtschaftliche Staukosten reduzieren. Dagegen haben Ökosteuern eine wesentlich bessere Lenkungswirkung über die gesamte Breite des Straßennetzes und treffen insbesondere die Hochverbraucher, also Schnellfahrer und Vielfahrer, auch abseits der Autobahn. Der populistische Charme der Maut liegt vor allem darin, dass sie Ausländer mindestens genauso hart trifft wie deutsche Fahrzeuge. Gegen zunächst 150, später 300 Kamerabrücken hilft kein Tanken in Luxemburg oder Polen.

Mit einer vernünftigen Kombination von Treibstoffbesteuerung und Maut können die Lenkungswirkungen beider Instrumente optimiert und das Verursacherprinzip im Verkehr schrittweise ausgebaut werden. Noch ist der Kraftfahrzeugverkehr weit davon entfernt, auch nur seine konventionellen volkswirtschaftlichen Kosten zu decken, geschweige denn die ökologischen. Hoffen wir daher, dass die neueste Eingebung der CSU sich nicht im Nachhinein als sommerliche Hitzewallung erweist...

(5) *Steuerreform: Noch wächst nicht zusammen, was zusammengehört.* Mit der Agenda 2010, spätes-

tens aber mit dem Vorschlag einer vorgezogenen Steuerreform hat Schröder nicht nur die politische Initiative zurück gewonnen, sondern auch die Debatte um künftige Steuer- und Sozialreformen neu belebt. Überfällig und nur zu begrüßen. Bedauerlich nur, dass zwischen neoliberal geprägter „bürgerlicher“ Steuerreform einerseits und der Vision einer ökologischen Finanzreform andererseits nach wie vor tiefe Gräben verlaufen. Steuerreformer wie Peter Bareis, Paul Kirchhof, Manfred Rose interessiert die Ökosteuer nicht, Kirchhof erklärte sie einst gar für verfassungswidrig. Eine löbliche Ausnahme macht der FÖS-Freunden wohl bekannte Lorenz Jarass (<http://www.jarass.com>). Seine Bahn brechenden OECD-Arbeiten – an denen auch FÖS-Vorstand Kai Schlegelmilch mitwirkte – warfen erstmals ein Licht auf die Steuerbelastung der Produktionsfaktoren, insbesondere die dramatische Zunahme beim Faktor Arbeit. Am 6.7. dokumentierte die SZ seine Reformvorschläge in einem Interview. Schon vor Jahren forderten wir das „Bündnis mit Bareis“, also die Berücksichtigung der Ökosteuer als unverzichtbares Element jeder langfristig konzipierten Steuerreform. Immerhin ein Lichtblick: „Die Front der heimlichen Mehrwertsteuerbefürworter hat sich verkleinert“ – so Finanzminister Eichel im SZ-Interview am 12.7. Wir vom FÖS zählen uns schon lang zur „FOM“ (Front der offenen Mehrwertsteuergegner) – weil diese Steuer keinen Mehrwert bietet.

[http://www.sueddeutsche.de/sz/wirtschaft/red-
artikel7541/print.html](http://www.sueddeutsche.de/sz/wirtschaft/red-artikel7541/print.html)

Das Vorziehen der Steuerreform böte die einmalige

Chance, im Rahmen der Gegenfinanzierung insbesondere den ökologisch kontraproduktiven Subventionen ans Leder zu gehen. Wann, wenn nicht jetzt wollen wir umweltschädigende Staatshilfen für Autoverkehr, Flugverkehr, Kohlebergbau oder Häuslebauer in Frage stellen?

(6) *Industrieverbände: Man kommt wieder ins Gespräch.* Auf Vermittlung von Stephan Götzl, ehemals Umweltstaatssekretär in Rheinland-Pfalz als Nachfolger von Klaus Töpfer, heute Hauptgeschäftsführer zweier wichtiger bayerischer Industrieverbände (vbw und VBM), diskutierten wir mit Vertretern wichtiger Branchen. Schon wieder eine Überraschung: Der Konsens war bei weitem größer als der Dissens. Akzeptiert wurden unter anderem das Prinzip der Verteuerung durch Verteuerung endlicher Ressourcen, die Notwendigkeit preislicher Lenkungssignale, die Berechtigung temporärer Ausnahmen, um mehr Spielraum für nationale Wirtschaftspolitik zu erlangen. Das auch wir dazulernten und insbesondere die Sorgen der bedrängten Spediteure zu Herzen nahmen, mag man unserer Forderung nach beschleunigter Dieselharmonisierung entnehmen. Wir sind sicher, das konstruktive Klima lag nicht nur am schönen Wetter. Über den Fortgang des Dialogs werden wir demnächst ausführlicher berichten.

Trotz der Hitze also: Bewegung überall, nicht zuletzt bei der Ökologischen Finanzreform. Und Dank an die SZ-Redaktion für die Reichhaltigkeit ihrer Berichterstattung.

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Kohle-Subventionen vernichten Arbeitsplätze

[Presse-Information Umweltbundesamt 14/2003, 03.07.2003] Der Erhalt der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau ist teuer erkauft. Umgerechnet auf die Zahl der Erwerbstätigen flossen im Jahr 2001 für jeden Arbeitsplatz rund 82.000 Euro an Subventionen. Hinzu kommen erhebliche Folgekosten durch Bergbauschäden und Umweltbelastungen. Daher ist es ökonomisch und ökologisch kontraproduktiv, die Steinkohle-Subventionen auf Dauer zu erhalten. Aktuelle, im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellte Modellrechnungen der Gesellschaft für wirt-

schaftliche Strukturforchung, Osnabrück, zeigen dies. Danach würde eine Umschichtung der Steinkohle-Subventionen – etwa zugunsten einer Förderung der Solarwärme, der Biomassenutzung oder der energetischen Sanierung von Gebäuden – das Wirtschaftswachstum fördern. Sie würde zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und den klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoß verringern. „Die Steinkohle-Subventionen sind nicht mehr zu rechtfertigen. Ihr Abbau würde die Umwelt entlasten und die Beschäftigung fördern, vor allem, wenn man die

frei werdenden Gelder für Steuersenkungen und die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nutzte,“ sagte Prof. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes.

Mittels verschiedener Modellrechnungen untersuchten die Wissenschaftler, wie sich die Steinkohle-Subventionen alternativ verwenden ließen. Würden die Gelder zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes eingesetzt, hätte dies vorübergehend leicht negative Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, da vor allem die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlebergbau zurückginge. Variante zwei – die Förderung von Solarwärme und Biomasse zur Erzeugung von Wärme – hätte positive Effekte auf Beschäftigung und den Kohlendioxid-Ausstoß. 9.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstünden bis 2010, der klimaschädliche Kohlendioxid-Ausstoß verringerte sich im selben Zeitraum um fast 50 Millionen Tonnen. Eine Förderung der energetischen Sanierung der Gebäude brächte bis 2010 sogar ein Plus von 30.000 Arbeitsplätzen – sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid würden weniger ausgestoßen. Zugleich ließen sich negative ökologische und finanzielle Folgen des Bergbaus, wie etwa Bergsenkungen, vermeiden. Die deutsche Steinkohle wird durch die massive staatliche Förderung auf dem Weltmarkt künstlich wettbewerbsfähig gemacht. Rund 30 Prozent aller Subventionen des Bundes für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland gehen auf das Konto der deutschen Steinkohle. Obwohl seit 1980 rund 100 Milliarden Euro Steuergelder in die Steinkohleförderung flossen, ist die Bilanz aus wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Sicht ernüchternd: Von 1980 bis 2001 sank die in Deutschland geförderte Kohlemenge von 87 auf 27 Millionen Tonnen,

die Zahl der Beschäftigten ging in diesem Zeitraum um 72 Prozent auf rund 53.000 zurück.

Ein weiteres Argument für den zügigen Abbau der Subventionen sind die Bergbauschäden. Deren Ausmaß ist so beträchtlich, dass sich in der Bevölkerung zunehmend Protest gegen die Erschließung neuer Abbaufelder regt. Hinzu kommen die erheblichen Umweltbelastungen durch die Kohle. Im Vergleich zu anderen Energieträgern, wie etwa Gas, wird beim Verbrennen der Kohle mehr Kohlendioxid frei. Daher steht die starke Förderung dieses Energieträgers im Widerspruch zu einer nachhaltigen, also dauerhaft umweltgerechten Energiepolitik. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Internationale Energieagentur (IEA) fordern seit längerem die Abschaffung der Kohle-Subventionen in Deutschland. Dies würde die Versorgungssicherheit nicht gefährden, denn die Kohlevorkommen sind reichhaltig und geografisch über die ganze Welt verteilt. Auch die Exportchancen deutscher Kraftwerkstechnologie würden nicht sinken, weil diese von der Kohlenutzung in Kraftwerken, nicht aber vom Abbau heimischer Kohle abhängen. Um soziale Härten durch den Ausstieg aus der Steinkohleförderung zu vermeiden, sollte ein Teil der eingesparten Gelder für Anpassungshilfen in den Steinkohlerevieren eingesetzt werden.

Kohle zu importieren, ist indes kein Ziel. Vielmehr soll Energie eingespart und effizienter genutzt werden. Der verbleibende Energieverbrauch ist mit erneuerbaren Energien zu decken.

Das Hintergrundpapier zum Thema finden Sie unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/steinkohle>.

Subventionen nur gezielt und umweltgerecht

[Rat für Nachhaltige Entwicklung, 25.06.2003] Der Abbau umweltschädlicher Subventionen spart Milliarden und hilft der Umwelt. Zu diesem Ergebnis kommen das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in einer neuen Studie. Die Autoren weisen am Beispiel der Wohnungswirtschaft und der Agrarwirtschaft nach, dass eine umweltorientierte Subventionspolitik die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden um mehrere Milliarden Euro entlasten könnte und zudem positive Umwelteffekte hätte.

Die Wohnungswirtschaft gehört mit rund 23 Milli-

arden Euro jährlich zu den am höchsten subventionierten Bereichen der deutschen Volkswirtschaft. Um die Subventionspolitik am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten, schlagen die Autoren vor, die Eigenheimzulage für Neubauten zu senken und eine "Öko-Komponente" in die Förderung einzubauen, die auch die Flächeninanspruchnahme berücksichtigt. Ein Teil der frei werdenden Gelder sollte der Staat zur Altbau-Modernisierung und energetischen Sanierung des Wohnungsbestands einsetzen. Allein im Wohnungswesen ließen sich so jährlich mindestens sechs Milliarden Euro und bis zum Jahr 2005 zwischen 18 und 25 Millio-

nen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Kritik übt die Studie auch an den Agrarsubventionen des Bundes, die sich 2002 auf mehr als 1,7 Milliarden Euro beliefen. Sie fordert eine gezielte Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum und einen Abbau von Subventionen bei den Steuervergünstigungen im Agrarbereich - etwa bei der Verbilligung von Gasöl oder der Steuerermäßigung für landwirtschaftliche Fahrzeuge. Zudem schlagen die Autoren vor, bei allen Subventionen eine regelmäßige Wirkungs- und Erfolgskontrolle vorzunehmen und dabei ihre Umweltfolgen zu prüfen. Ein solches Controlling würde Transparenz schaffen und könnte einen wichtigen Hebel bilden, Steuergelder effizienter als bisher einzusetzen.

Falsche Anreize

[Kerstin Krupp, Berliner Zeitung, 16.06.2003] Viele Subventionen begünstigen Öko-Frevel. Deshalb plädiert Andreas Troge, Chef des Umweltbundesamts, für radikale Einschnitte. Zeitlich unbegrenzte Subventionen darf es nach Ansicht des Chefs des Umweltbundesamtes nicht mehr geben. Die staatlichen Hilfen müssen an strenge Kriterien gebunden werden, fordert der Ökonom.

Die OECD kritisiert, dass 35 Prozent der Bundes-subventionen der Umwelt schaden. Welche Leistungen betrifft das konkret?

Das sind zunächst einmal alle, die den Flächen- und den Energieverbrauch begünstigen. Der Abbau dieser Subventionen wäre der Schwerpunkt für die kommenden zehn Jahre. Das fängt im Energiebereich mit großen Posten wie der unterlassenen Mineralölbesteuerung für Kerosin und der Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge an und geht bis hin zur Subventionierung des Agrardiesels oder dem Mineralölprivileg der Binnenschifffahrt. Es gibt viele solcher Kleinigkeiten, die sich zu gewaltigen Beträgen summieren. Wir müssen die Ausnahmen von der Regelbesteuerung aufheben. In vielen Jahrzehnten wurde in Deutschland ein Subventionsgebirge aufgebaut, das uns, was die nachhaltige Entwicklung angeht, große Hürden in den Weg stellt. Die Hilfen geben falsche Anreize.

Welche Finanzhilfen müssen wegfallen, um der Zersiedelung der Landschaft entgegen zu wirken?

Da wäre zunächst einmal die Eigenheimzulage. In Verbindung mit der Entfernungspauschale für Pend-

ler, die weite Anfahrten zur Arbeit belohnt, oder mit der Förderung des Bausparens hat das die Zersiedelung der Landschaft beschleunigt. Die Hilfen werden zudem unabhängig davon gewährt, wer die Unterstützung überhaupt benötigt. Natürlich kann das nicht von heute auf morgen abgebaut werden. Über 50 Jahre wurde das Eigenheim gefördert. Falls wir kurzfristig die Förderung zu hundert Prozent zurücknehmen, würde Vermögen auf dem Lande schlagartig deutlich entwertet. Ein gewisser Vertrauensschutz muss da sein.

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/subvention.pdf>

Auch das Umweltbundesamt übt in einer neuen Veröffentlichung deutliche Kritik an den aktuellen Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Abbau von Agrarsubventionen und fordert, Umwelt- und Verbraucherschutz und entwicklungspolitische Ziele in das Abkommen zu integrieren. Die Veröffentlichung "Umweltaspekte und Ernährungssicherheit in den laufenden WTO-Agrarverhandlungen" kostet 7,50 Euro und ist erhältlich unter Fax: 030/2 18 13 79.

Die rot-grüne Politik ist paradox. Die Ökosteuern soll zum Beispiel den Kraftstoffverbrauch senken, gleichzeitig werden Pendler mit üppigen Abschreibungen belohnt.

Die rot-grüne Politik ist paradox. Die Ökosteuern soll zum Beispiel den Kraftstoffverbrauch senken, gleichzeitig werden Pendler mit üppigen Abschreibungen belohnt.

Wenn der Staat den Umweltverbrauch fördert, wie mit der Entfernungspauschale, gibt es wenig Anreiz Energie zu sparen. So lange der Staat den Energieverbrauch fördert, muss er von der Umweltseite her mit weiteren Finanzhilfen gegen steuern. Das hat die rot-grüne Regierung mit der Förderung regenerativer Energien getan. Soweit alte Subventionen nicht abgebaut werden, ziehen sie immer neue nach sich. Das ist eine endlose Spirale. Hier muss der Rotstift ran, und zwar schnell. Es geht nicht darum, mehr Subventionen für den Umweltschutz zu fordern. Wenn wir ökologisch kontraproduktive Hilfen abbauen, würden die anderen langfristig überflüssig.

Sind Subventionen aus ihrer Sicht generell abzulehnen?

Vor allem solche Finanzhilfen sind schädlich, die eine Nutzung von Gütern oder die Produktion derselben fördern. Der soziale Wohnungsbau ist ein gutes Beispiel: Der Staat fördert das Bauen, statt direkt die Bedürftigen. Das ist ein kostspieliger Weg, der mit der Eigenheimförderung dazu geführt hat, dass in weiten Teilen der Republik viele Wohnungen leer stehen. Man sollte lieber fragen, ab welchem niedrigen Einkommen es nicht mehr zumutbar ist, die Miete vollständig aus eigener Tasche zu zahlen. Das Wohngeld ist nach meiner Ansicht das Mittel der ersten Wahl. Sind billige Wohnungen zu knapp, soll der Staat nach Bedarf Belegungsrechte für sozial Schwache kaufen, statt den Bau zu fördern. Allein im Wohnungssektor können sechs Milliarden Mark jedes Jahr frei werden, haben die Gutachter des Münchner Ifo-Instituts berechnet.

Wie schwierig der Abbau finanzieller Hilfen ist, hat das Scheitern des rot-grünen Subventionsabbaugeetzes im Frühjahr im Bundesrat gezeigt.

Es braucht eine Initialzündung. Wenn man sich einzelne Subventionen herauspickt, wird es um jede einen politischen Kleinkrieg geben. Es wäre viel besser, zu Anfang die Finanzhilfen pauschal um fünf Prozent zu kürzen, damit sich die Betroffenen gleich behandelt fühlen. Die Menschen haben sich an den Einkommenseffekt der Subventionen gewöhnt. In manchen Bereichen, wie dem Steinkohlebergbau, spielt der Markt überhaupt keine Rolle mehr. Das ist absurd.

Fünf Prozent ist nicht gerade viel.

Aber auch nicht wenig: Das wären etwa fünf Milliarden Euro jedes Jahr. Es können aber auch sieben oder zehn Prozent sein. Das ist eine Frage, was politisch opportun erscheint. Die pauschale Kürzung soll auch nur der erste Schritt sein. Entscheidend ist, dass in den folgenden zwei Jahren ein detailliertes Programm zu Stande kommt, welche Subventionen

in welchen Schritten die kommenden fünf oder zehn Jahre reduziert werden. Die frei werdenden Gelder können dann in die Konsolidierung des Haushaltes fließen oder in andere Bereiche, wie in den Umweltschutz.

Welche Kriterien müssen Subventionen erfüllen?

Entscheidend sind sechs Kriterien. Die Förderung muss zunächst ein klares, überprüfbares Ziel haben, das in die marktwirtschaftliche Ordnung passt und sie darf dem Nachhaltigkeitsprinzip, das sich die Bundesregierung auf die Fahnen geschrieben hat, nicht zuwiderlaufen. Ganz wichtig der dritte Punkt: Sie muss zeitlich begrenzt sein und automatisch auslaufen. Eigentlich ist das nichts Neues. Es gibt ein Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium von 1967 in dem steht: Subventionen müssen grundsätzlich befristet sein. Das interessiert leider wenig. Viertens: Die Hilfen müssen an klare Leistungskriterien anknüpfen. Welche Bedingungen muss der Empfänger konkret erfüllen? Und es sollte, fünftens, eine mehrstufige Prüfung der Umweltauswirkungen der Subventionen geben. Damit komme ich zum Kernpunkt: Wir brauchen ein Subventionsrahmengesetz, in dem die Kriterien mit rechtlicher Bindung festgehalten werden.

Hat rot-grün in dieser Hinsicht überhaupt schon etwas bewirkt?

Im Agrarbereich wurde einiges erreicht. Der Ansatz ist richtig, zu sagen, nur wer umweltverträglich wirtschaftet, bekommt Subventionen. Auf lange Sicht muss die Förderung der Landwirtschaft zur Umweltentlastung beitragen. Das ist die eigentliche Botschaft. Bis vor drei Jahren hieß es mancherorts, die Landwirtschaft müsse wegen der niedrigen Einkommen gefördert werden. Schäden seien hinzunehmen. Damit Schluss zu machen, ist eine große Aufgabe.

Der Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft

[Peter Trechow, VDI-Nachrichten, 23.05.2003] Europa droht eine Blamage beim Klimaschutz. Statt wie in Kyoto vereinbart die Treibhausgase zu reduzieren, stoßen einige Mitglieder sogar mehr aus. „Das schadet der Wirtschaft“, sagt Umweltberater und FÖS-Beiratsmitglied Paul Metz, zu dessen Kunden die Telekom und Daimler-Chrysler zählen. „Umwelt und Atmosphäre konnten jahrzehntlang

kostenlos benutzt werden: eine gewaltige, schädliche und oft vergessene Subvention. Das war ein völlig falsches Signal an Unternehmer und Verbraucher. Hier hat die Ökosteuer schon sehr zum Umdenken beigetragen“, so Metz.

VDI nachrichten: Herr Metz, Sie leisten seit über 15 Jahren Lobbyarbeit für den Klimaschutz. Sind sie

enttäuscht, dass das Kioto-Protokoll noch nicht in Kraft getreten ist?

Metz: Nein. Ein so komplizierter Prozess braucht Zeit. Auch wenn wir die kaum haben, um die Risiken des Klimawandels in den Griff zu bekommen.

VDI nachrichten: Alles wartet auf Russland.

Metz: Deshalb bemühen wir uns, auf die EU-Kommission einzuwirken, damit sie alles erdenkliche versucht, um die Russen zur Ratifizierung zu bewegen. Möglichst schon beim G8 Gipfel in Evian. Die EU kann nur verlieren, wenn Kioto nicht in Kraft tritt – wirtschaftlich und geopolitisch.

VDI nachrichten: Wirtschaftlich?

Metz: Als Klimaschutz-Weltmeister haben Deutschland und die EU eine glänzende Ausgangslage zu verlieren. Viele Firmen warten ungeduldig auf die Ratifizierung, weil sie Planungssicherheit brauchen, um neue Märkte und Jobs zu entwickeln.

VDI nachrichten: Welche Chancen bietet Kioto für Unternehmen?

Metz: Innovation! Stichwort Effizienz: sparsame Autos, Haushalts- und Bürogeräte, Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Kopplung, effizienter Energieeinsatz in der Industrie – alles Sparmaßnahmen und zugleich attraktive Märkte.

VDI nachrichten: Der Klimaschutz wird laut McKinsey die europäischen Energiepreise in die Höhe treiben. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Randbedingungen....

Metz: Nein. McKinsey sagt auch gar nicht, dass das schlecht ist, denn es beschleunigt die Modernisierung der Kraftwerke und der gesamten Wirtschaft...

VDI nachrichten: ...dennoch steigen die Preise.

Metz: Höhere Preise bedeuten nicht unbedingt höhere Kosten, weil sie starke Anreize zum Sparen mit sich bringen. Außerdem bekommt ein knappes Gut endlich einen angemessenen Preis. Europaweit – und mit Kioto weltweit. Damit ist dann kein Konkurrent mehr im Vorteil. Und es ist kein vergeudetes Geld, wenn Klimaschutz zu höheren Energie-

preisen führt – denn das Geld wird woanders wirtschaftlich genutzt, schafft Arbeit und Gewinne.

VDI nachrichten: Erneuerbare Energien lassen sich kaum ohne langfristige Förderung etablieren. Ist das kein wirtschaftlicher Unsinn?

Metz: Die Subventionen für fossile und nukleare Energietechnologien waren in den letzten 30 bis 50 Jahren weltweit hundertmal so hoch wie das, was heute in regenerative Energie investiert wird. Und denken Sie daran, dass man Umwelt und Atmosphäre jahrzehntelang kostenlos benutzen konnte: eine gewaltige, schädliche und oft vergessene Subvention. Das war ein völlig falsches Signal an Unternehmer und Verbraucher. Hier hat die Ökosteuer schon sehr zum Umdenken beigetragen.

VDI nachrichten: Ist der Handel mit Verschmutzungsrechten gerecht und sinnvoll?

Metz: Knackpunkt ist vor allem die Zuordnung, wer wie viel emittieren darf. Unklar ist auch, wie sich die EU-Lastenverteilung auswirkt. Und natürlich Russland: Bewegen sich die Russen bis Oktober nicht, könnte beispielsweise Spanien den dann nötigen Klimaschutz-Alleingang der EU blockieren.

VDI nachrichten: Wann handeln auch Privatleute mit Emissionen?

Metz: Vielleicht ändert sich das mit Kioto II, indem Emissionsrechte nach 2012 nicht länger über das Grandfathering-Prinzip an Staaten und Unternehmen verteilt werden, sondern über das Gleichheitsprinzip direkt an die Bürger. Dann könnten alle Bürger jährlich ihre Quoten verkaufen. Wer keine fossile Energie verbraucht, etwa Bürger der Entwicklungsländer, würde dann belohnt. Das ist ja derzeit leider nicht so.

VDI nachrichten: Wie sieht eine nachhaltige Gesellschaft aus? Und was kostet das?

Metz: Wenn Sie nach den Kosten fragen, meinen Sie weitere Subventionen in alte Technologien und große Investitionen. Die müssen vermieden werden. Die gesellschaftlichen Kosten tragen die Dummen und Langsamen und all diejenigen, die von solchen Unternehmern und Politikern abhängig sind – viele Einwohner der Entwicklungsländer und bei uns besonders die Wenigst-Verdienenden.

VDI nachrichten: Wo steht der Klimaschutz in fünfzig Jahren?

Metz: Keine Ahnung. Wie das Klima reagiert, ist unmöglich voraus zu sagen. Ich hoffe sehr, dass es für unsere Kinder beherrschbar bleibt.

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

New Belgian government ups fuel taxes

[Environment Daily 1484, 15.07.2003] Die neue belgische Regierung hat eine Erhöhung der Benzin- und Dieselsteuern angekündigt, um die Benutzung von Autos und damit den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu verringern.

A new Belgian government was sworn in yesterday, under the leadership of outgoing Liberal prime minister Guy Verhofstadt, two months after elections notable for having dealt a savage rebuff to the Greens. The administration is a "purple" coalition of Liberals and Socialists.

Mr Verhofstadt identified mobility, biodiversity and climate change as his top environmental priorities.

The cabinet immediately announced a rise in petrol and diesel fuel duties aimed at reducing car use and lowering greenhouse gas emissions. Motoring organisations attacked the move as simply a tax rise in disguise.

A 28-year old Flemish Socialist, Freya Van den Bossche, has been named as the new minister for environment, consumer protection and sustainable development. A law and media graduate, Ms Van den Bossche is the daughter of the outgoing public function minister, and one of six new ministers with close family ties to previous senior government members.

Finland: EFR in the New Government Programme

[EEB- Newsletter 10.06.2003] Das Programm der im März 2003 neu gewählten finnischen Regierung enthält Vorschläge zu einer Ökologischen Finanzreform. Durch Ökosteuern soll eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden. Außerdem sollen ökologisch schädliche Subventionen auf den Prüfstand. Die Notwendigkeit einer Harmonisierung auf EU-Ebene wird allerdings betont.

The new Government of Finland, elected in March 2003, presents in its programme environmental fiscal reform as a tool for promoting sustainable development. The three party coalition is led by the Centre party, and includes also the social democrats, and the Swedish people's party. The new minister of the environment is Mr. Jan-Erik Enestam, chairman of the Swedish people's party, and the new minister of finance is Mr. Antti Kalliomäki, social democrat. In the environmental policy section of the programme, government aims to further ecological tax reform in order to promote sustainable production and consumption patterns. The main ob-

jectives of environmental taxes are to reduce use of non-renewable resources, and to promote recycling and greater eco-efficiency. A national intersectoral programme on ecologically, socially and economically sustainable ways of production and consumption will be drawn up. The potential for cutting environmentally harmful subsidies will be examined. As regards the amendment of taxes on energy and electricity, the competitiveness argument and the harmonisation at EU level are emphasised, is stressed in the programme. In the taxation policy section, one of the main objectives is to promote employment through lowering labour taxes, at least by 1120 million euros. Particular emphasis will be placed on measures to reduce income taxation. For employment reasons, the tax reductions will be directed to lowering the income taxation of low and middle-income groups. The demand of low-paid labour will be increased by targeted reductions in indirect labour costs.

Mallorca: Ökosteuer wieder abgeschafft

[Axel Veiel, Stuttgarter Zeitung, 20.06.2003] Kaum

eingeführt, wird auf Mallorca die Ökosteuer wieder

abgeschafft, weil nicht nur deshalb die Urlauber wegbleiben. Die plötzliche Kehrtwende mit der unliebsamen Zwangsabgabe auf den Balearen trifft vor allem die geplanten Projekte im Umweltschutz hart. Ein Blatt Papier ist es nur, zu einem Viertel bedruckt, der Rest leer. Mit "Ökosteuer-Rechnung" ist es überschrieben. Als Aussteller zeichnet das Hotel "Vistamar" verantwortlich. Unter "Übernachtung" steht eine 1, im Feld "Betrag" 1,03 Euro. Der Mallorcaurlauber auf der anderen Seite des Rezeptionstresens hatte Großartigeres erwartet, Spektakuläres. Entscheidet die Ökosteuer nicht über Wohl und Wehe der Baleareninseln? Erst war die Abgabe dem von Touristenschwund und Umweltverbrauch gezeichneten Archipel als Erste-Hilfe-Maßnahme verordnet worden. Nun soll die Steuer, angeblich als kontraindiziert erkannt, zur Rettung des Patienten so schnell wie möglich wieder abgesetzt werden. Hauptsache der Patient, also der Tourist, kommt wieder zuhauf. "Die der Umwelt zgedachte Abgabe steht für den Wandel, ist ein Zeichen der Solidarität mit nachfolgenden Generationen, denen wir eine intakte Welt zu hinterlassen haben." Mit diesen hehren Worten hatte der Sozialist Francesc Antich vor den Regionalwahlen am 25. Mai gerühmt, was er im Bunde mit Nationalisten und Grünen gegen den Widerstand der Not leidenden Tourismusbranche eingeführt hatte.

Knapp einen Monat später hat Antichs "Fünf-Parteien-Bündnis für den Fortschritt" nicht mehr viel zu sagen. Der Konservative Jaume Matas führt das Wort. Spaniens früherer Umweltminister, der im Kampf gegen die Ölpest vor Galiciens Küsten nicht gerade als zupackender Krisenmanager aufgefallen war, hat dank eines hauchdünnen Vorsprungs von 350 auf Formentera verbuchten Stimmen die absolute Mehrheit erzielt und wird demnächst als neuer Ministerpräsident in den Regierungspalast von Palma einziehen. Aber so unterschiedlich Vorgänger und Nachfolger auch über den gebotenen Ausgleich ökonomischer und ökologischer Interessen denken, eines ist beiden gemeinsam. Ökosteuer oder nicht, das ist für sie eine Schicksalsfrage. "Die Abschaffung der Abgabe zählt zu den Prioritäten unserer Politik", kündigte Matas an.

Und in gewisser Hinsicht stimmt es ja: Der Übernachtungszuschlag, der in Urlaubsorten nördlich der Alpen wohl als Kurtaxe ausgewiesen wäre und niemanden in Rage brächte, hätte die Balearen durchaus verändern können.

35 Millionen Euro Ökosteuer hat der Staat bereits eingenommen. Die von den Sozialisten geführte Regenbogenkoalition wollte mit dem Geld an den Küsten Mallorcas Fahrradwege anlegen und im Nordwesten der Insel Wanderwege durch das Tramuntana-Gebirge ziehen. Die alte Windmühle von Llubí sollte renoviert, der Strand von Son Serra de Marina saniert werden, wo staatliche Sprengkommandos Apartmentruinen in die Luft gejagt hatten. Für 1,4 Millionen Euro hat die scheidende Regionalregierung in Palma den Can Serra Palast gekauft. Renoviert sollte er eines Tages der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Im Nordosten Mallorcas erstand der Staat für zwölf Millionen Euro das Anwesen Son Real, überwies die ersten Raten und stellte es unter Landschaftsschutz. Das nicht weit entfernte Feuchtgebiet Maristany nahe der Touristenhochburg Alcudia sollte ebenfalls gekauft und geschützt werden. Die Regierung Matas wird nun entscheiden müssen, ob, wie weit und mit welchen Mitteln sie das Angefangene fortsetzen will. Ein Beistandspakt, den die Konservativen mit den Mallorquiner Nationalisten geschlossen haben, lässt Umweltschützer Schlimmes befürchten. Über den Ausbau von Autobahnen und Schnellstraßen haben sich die Partner geeinigt. Eine der geplanten Trassen soll von Inca Richtung Alcudia führen, mitten durch das Feuchtgebiet Maristany.

Und der Lohn der Kehrtwende? Die Mallorquiner, die zu 96 Prozent vom Tourismus leben und in der ersten Jahreshälfte fast ein Drittel weniger Hotelgäste empfangen als im Vorjahreszeitraum, erhoffen sich von der Rückkehr der Konservativen an die Macht eine Wiederkehr der guten alten Zeit.

Matas gibt sich indes nicht der Illusion hin, dass mit der Abschaffung des Übernachtungszuschlags von 1,03 Euro die Besucherzahlen in die Höhe schnellen werden. Um von der aktuellen Urlaubssaison zu retten, was noch zu retten ist, will er gemeinsam mit Reiseveranstaltern, Unternehmern und Arbeitnehmervertretern einen Krisenplan ausarbeiten. Mit vereinten Kräften soll das Image der balearischen Inseln aufpoliert werden. Mit am Tisch sitzen wird wohl auch Eduardo Zamorano. Der Geschäftsführer der Tui Spanien hat kürzlich öffentlich Klage geführt über das seiner Meinung nach keineswegs nur durch Ökosteuer angeschlagene Mallorcabild im Ausland. Hohe Preise, veraltete Anlagen, Wasserknappheit oder auch Streiks haben Zamoranos Ansicht nach die Kundschaft kaum minder verprellt.

United Kingdom: Big CO₂ Cuts beat industry climate change targets

[Department for Environment, Food and Rural Affairs, 07.04.2003] Der britischen Industrie ist es letztes Jahr gelungen, den Ausstoß von CO₂ um 13,5 Mill. Tonnen gegenüber dem Jahr 2000 zu senken. Das ist fast dreimal so viel, wie in Klimaschutzvereinbarungen mit der Regierung festgelegt wurde. Die Climate Change Levy auf die Industrie war vermutlich nicht unbeteiligt.

British industry cut carbon dioxide releases into the atmosphere by a massive 13.5 million tonnes last year, almost three times above target.

Thousands of UK companies reduced the amount of CO₂ they produce by more than ten million tonnes above targets signed up to under Climate Change Agreements (CCAs), designed to help reduce damaging greenhouse gases and combat climate change. Most of the cuts were achieved by the steel sector, but the rest of industry also beat their targets by almost one million tonnes of CO₂ reductions.

Results published today show that:

- CCAs delivered a total reduction in CO₂ emissions of 13.5million tonnes against an estimated 2000 baseline (or 15.8million tonnes against pre-2000 baselines).
- Of 12,000 individual sites covered by CCAs, 10,500 (88 per cent) met targets

and have had their Climate Change Levy discounts renewed.

- Around 12 per cent of sites either did not submit data, dropped out or failed to meet targets and did not have agreements renewed.
- Companies in CCAs traded almost 600,000 emissions allowances to meet targets, either selling or keeping the equivalent of four million tonnes of CO₂.

Sustainable Energy Minister Lord Whitty said:

"This is good news for business, and good news for the environment. Industry has shown that it is prepared to play its part in the effort to reduce greenhouse gas emissions. The results of our agreements demonstrate real gains in energy efficiency, achieved in a cost-effective way."

Environment Minister Michael Meacher added:

"The UK leads the world in meeting the challenge of climate change, and today's figures are another boost for the government's aim to cut our carbon emissions by 60 per cent by 2050. Estimates show that UK CO₂ emissions fell again last year, and industry's contribution under CCAs is significant."

Department for Environment, Food and Rural Affairs (DEFRA) im Internet: <http://www.defra.gov.uk/>

Swiss green taxes rise towards EU average

[Environment Daily 1443, 14.05.2003] Swiss environmental taxes yielded SFr8.8bn (€5.8bn) in 2001, the national statistical office reports. The proportion of tax revenues coming from environmental taxes rose from 5% in 1990 to 6.1% in 2001, just below the EU average of 6.5%. Energy and transport taxes accounted for 92% of all green tax revenues. The balance related to other resources, such as water, or

emissions, such as volatile organic compounds (VOCs). Just 3% of green tax revenues were spent on environmental protection. Nearly 40% helped to finance road transport infrastructure works. See press release:

<http://www.statistique.admin.ch/news/pm/0350-0303-10.pdf>

Swiss put climate tax options on the table

[Environment Daily 1467, 20.06.2003] Die Schweizer Regierung denkt über die Einführung einer neuen Klimasteuer auf fossile Treibstoffe nach, um die in Kioto versprochenen Klimaschutzziele zu erreichen. Vier verschiedene Vorschläge sehen eine Steuer von 0,65 bis 19,5 Eurocent pro Liter vor.

The Swiss government is considering the introduction of a new climate levy on fossil fuels used in transport to bolster the country's measures to meet its Kioto target of an 8% cut in carbon dioxide

(CO₂) emissions by 2008-12, compared with 1990. Some form of energy tax was anticipated in Switzerland's 1999 CO₂ law, should the country not be on track to cut CO₂ emissions by 2004, but this is the first discussion of specific measures.

With the Kioto target unlikely to be met through voluntary instruments alone, ministers will now look at four tax options of between one and 30 SFr-cents (eurocents 0.65-19.5) per litre. The lowest levy is the "cent for the environment" proposed by

the association representing fuel suppliers. Potentially worth SFr70m a year, it could be used to fund the purchase of CO₂ certificates abroad and national climate measures, the association says. Two options combine this proposal with a government energy tax. The final option envisages imposing an energy tax of 30 centes a litre alone, and would not require

the purchase of CO₂ certificates. Any of the four options would enable Switzerland to meet its CO₂ target, the environment agency says.

Mehr

hierzu:

http://www.uvek.admin.ch/gs_uvek/de/umwelt/co2/index.html

Neuseeländer: Lieber Gott, mach uns keusch, aber nicht gleich

[Anselm Görres, FÖS] Was muss man sich unter einer Ökosteuertragung in Neuseeland vorstellen? Das gleiche wie bei uns, oder ganz etwas anderes? Die größten Unterschiede vorweg: In Deutschland polarisiert sich das Tagungswesen zu diesem Thema nach wie vor, Befürworter treffen sich in bestimmten Konstellationen (beliebtester Rahmen sind evangelische Akademien), Gegner eher in Business- oder Verbandskreisen. In Neuseeland geht es integrativer zu. Ganz selbstverständlich mischen sich Akademiker mit Regierungsleuten und Vertretern der Wirtschaft. Polemik findet nicht statt, es herrscht eher eine gewisse sympathische Ratlosigkeit. Die Neuseeländer haben Angst, Energiesteuern könnte ihre langen Transportwege belasten, und ihre wenigen Exportbranchen, zum Beispiel die Landwirtschaft. Die Regierung hat die Unsicherheit vergrößert. Einerseits hat sie (auf Basis einer Tax Review durch den so genannten McLeod-Reports 2001) bereits Eckwerte und Obergrenzen einer CO₂-Steuer vorgegeben, und das Jahr 2007 als Startdatum verkündigt. Zum anderen hat sie die meisten Fragen der konkreten Realisierung noch offen gelassen, auch die Möglichkeit einer teilweisen Substitution der Steuer durch eine Zertifikateregulierung. Größer als in Deutschland ist nicht nur die berufliche, sondern auch die ethische Heterogenität der Teilnehmer. So wird zur Eröffnung der Tagung erst ein kurzes Gebet an „Vater Himmel“ und „Mutter Erde“ gerichtet, mit der Bitte um Bewahrung der Luft, des Wassers und der Erde. Und das natürlich auf Maori, von einem Maori-Forscher der Universität. Auch die zwei jungen Wissenschaftler, die ein Referat über den größten neuseeländischen Fluss Waikato halten, wechseln zwischen Maori und Englisch. Als Maoris wissen sie, dass ein Fluss weit mehr ist als nur eine wirtschaftliche Ressource und sind überzeugt: If we care for the river, the river will care for us. Insgesamt leben heute rund eine halb Million Polynesier in Neuseeland – mehr als auf allen pazifischen Polynesier-Inseln zusammen.

Viele Teilnehmer sind malaiischer oder chinesischer Abstammung – die Waikato Universität wirbt bewusst um Studenten und Doktoranden aus Ostasien. Ein SARS-bedingter Rückgang der Neueinschreibungen aus diesen Ländern belastet das diesjährige Budget erheblich und hat schon Personalabbau erzwungen. Hamilton ist gewissermaßen die Hauptstadt der Maoris, denn hier hat das ca. 1860 erst entstandene Maori-Königreich seinen Sitz.

Wegen seiner vielen Wasserkraftwerke und durch den Einsatz von Geoenergie erreicht Neuseeland schon heute einen Anteil erneuerbarer Energie von über 25 Prozent. Auf der anderen Seite kommt es immer wieder zu Strom- und Wasserknappheit. Teilweise sind die Wassergebühren pauschaliert, also unabhängig vom Verbrauch. Die Energieeffizienz gilt als schlechteste in der ganzen OECD, Häuser sind zum Beispiel überwiegend aus Holz und kaum isoliert. Vor diesem Hintergrund ist man durchaus bereit, über höhere Energie- und Wasserpreise nachzudenken.

Doch die Grundstimmung des ängstlichen Abwartens in der Praxis, bei prinzipieller theoretischer Befürwortung höherer Energie- und Wasserpreise, wird von den Wissenschaftlern natürlich in den Ruf nach „further necessary research“ übersetzt. Diese Haltung vieler Tagungsteilnehmer erinnert mich an den jungen Augustinus, der nach seiner Bekehrung zum Christentum die Tugend der Keuschheit zwar rasch als theoretischen Wert entdeckte, aber dennoch zu Gott betete, er möge ihn doch nicht ganz sofort keusch machen. Es ist nicht überliefert, ob Augustinus die Zeit nutzen wollte, um erst noch weitere Keuschheitsforschungen zu betreiben...

Ich versuche deutlich zu machen, dass es an Forschungserkenntnissen zur Ökologischen Finanzreform heute keinen Mangel mehr gibt, wohl aber an praktischer Handlungsbereitschaft. Großer Konsens herrschte bei den meisten Teilnehmern, dass die neuseeländische Regierung ihren Ankündigungen nun rasch Taten folgen lassen soll – auch wenn die-

se zunächst nur in der Konkretisierung des verkündeten Zeitplans bestehen. Mehr Leadership von Wellington – das fordern fast alle auf der Tagung.

Der Unterschied der britischen Tradition Neuseelands zur steuerfeindlichen Tradition der USA wird etwa dort deutlich, wo der Anspruch der „Krone“ auf Steuererträge aus natürlichen Ressourcen ohne weiteres akzeptiert wird. Dass der Staat Vertreter des Gemeinwohls sein kann, und nicht nur – wie es die amerikanischen Konservativen sehen – eine Art Räuber am Privatbesitz, ist den Neuseeländern keineswegs fremd, die sich ja durch eine lange sozialstaatliche Tradition auszeichnen. Lange vor dem Mutterland gab es in der Kolonie etwa ein Frauenwahlrecht oder eine staatliche Altersversorgung. Natürlich ist auch die Semantik ein Thema. Würden Ökosteuern unter anderem Namen mehr Zuspruch finden? Mein Vorschlag, von einer „Resource efficiency tax“ zu sprechen, findet viel Anklang. Ressourceneffizienz als Ziel klingt irgendwo moderner als das biedere Wort „Sparen“.

Ganz nach Europa versetzt fühlte ich mich auch, als pünktlich zu Eröffnung der Tagung im New Zealand Herald (29. Mai 2003) von einer Studie der

Boston Consulting Group berichtet wird, die zur Lösung der Verkehrsprobleme Aucklands einen Benzinpreis von zwei neuseeländischen Dollar und eine Stadtmaut von fünf Dollar durchspielte – heute beträgt der Literpreis bleifreien Benzins etwa einen Dollar und damit einen halben Euro. Natürlich betonen die Berater, dass es sich bei derlei Überlegungen um reine Planspiele handelt. Ebenso natürlich reagiert der Automobilclub mit pflichtgemäßer Verdammung solcher Gedanken und fordert den Bau neuer Straßen als bestes Mittel gegen Staus. Aber die von Labour geführte Regierung unter Premierministerin Helen Grant hat derzeit andere Sorgen, als sich auch noch Ärger mit Energiesteuern einzuhandeln. Die kritische Haltung zur Irakpolitik von Bush („bei Gore wäre es nicht zu diesem Krieg gekommen“) hat die Amerikaner verärgert und das von Neuseeland ersehnte Freihandelsabkommen zunächst einmal in weite Ferne gerückt. Bis auf weiteres wird die Neuseeländer daher die theoretische Kontemplation der Tugenden von Energiesteuern über die fehlende praktische Annäherung hinweg trösten müssen. Man kann ja später immer noch keusch werden...

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Die Ökologische Steuerreform und die Verantwortung im Unternehmen!

Norbert Lang, Mitglied im FÖS, erzählt von einer Begebenheit in seiner Heimatstadt Langenfeld:

„Während in unserer Welt vieles falsch läuft, schauen wenige Langenfelder Menschen auf eine kleine Lampe, die hinter einem grünen Glas leuchtet. Die, so schätze ich, 60 W-Glühbirne einer Parkplatzampelanlage vergibt Autoabstellplätze auf dem Dach eines großen Kaufhauses in Langenfeld. "FREI" und "BESETZT" dienen am Tage der Verkehrslenkung, am Abend haben sie eigentlich durch große Gittertore vor der Parkdeckauffahrt Feierabend. Nicht jedoch bei dem Kaufhaus in der Stadtmitte!

Der zuständige Angestellte für die elektrische Anlage wird kein Lob, aber auch keinen Tadel für das Ausschalten des Stromverbrauchers bekommen. Der Abteilungsleiter weiß wahrscheinlich nicht, das ein unnötiger Stromverbraucher die Straßen Langenfelds beleuchtet. Der Chef der Verkaufsstätte

sieht nur Zahlen. Am Monatsende bekommt er eine Stromrechnung, die er zur Hauptverwaltung nach Essen schickt. Dort ist unsere kleine Glühbirne schon in den Kostenbüchern versunken. Die Rechnung wird bezahlt und eigentlich wäre alles zu Ende gebracht.

In diesem kleinen Beispiel soll alles auf die bekannte Spitze getrieben werden. Mit der Erkenntnis, das unser Beispielunternehmen eine gewisse Energieleistung zahlt, holt sie sich das Geld zum Bezahlen der Stromrechnung von den Kunden. Mit einer Preiserhöhung (z. B. auf Energiesparlampen) reagiert der Konzern. Die letzte Runde zum kleinen Beispiel aus Langenfeld, ist die traurigste: Kann der Konzern oder können die Käufer die Belastung der Umwelt mit Geld auslösen? Bekommt die Natur den Schaden ersetzt?

Was hat das alles mit der Ökologischen Steuerreform zu tun? Nun, wenn der Energiepreis so hoch

wäre, das es "chick" wäre Energien zu sparen, würden m. E. solche Dinge nicht mehr vorkommen. Dieses kleine Beispiel läßt sich einfach auf große Energieverschwendungen umschreiben. Diese kann jeder für sich machen.“

Norbert Lang

E-mail von Norbert Lang an Karstadt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor vielen Monaten habe ich mir einmal Gedanken zur Energie-Verschwendung gemacht. Dafür mußte in meiner Geschichte Ihr Unternehmen erhalten. Vielleicht haben Sie den Text schon gelesen. Er wurde oft veröffentlicht.

Des Weiteren hatte ich mehrere Kopien an Besucher unseres Info-Standes ("Bürgerinitiative für Müll-Vermeidung, Langenfeld (BIM)") verteilt.

Nun bitte ich Sie, den Missstand (aus meiner Sicht) zu beseitigen! Bitte schreiben Sie offen und ehrlich Ihre Meinung zu dem im Anhang mitgeschickten Text!

Norbert Lang

Antwort von Karstadt

Sehr geehrter Herr Lang,
für Ihre Nachricht vom 16.06.1998 bedanken wir uns bei Ihnen.

Wir haben uns bereits mit unserer Geschäftsleitung in der Filiale Langenfeld in Verbindung gesetzt und den von Ihnen geschilderten Sachverhalt weitergegeben.

Da für die Ampelanlage bereits eine Abschaltmöglichkeit vorhanden ist, wird man künftig verstärkt darauf achten, dass diese auch nach Betriebsende des Parkhauses entsprechend genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Mischke

Zusatz: Die Glühbirne war nach einer Woche abends aus - für drei Tage! DAS LEUCHTMITTEL WAR NUR AUSGEFALLEN!

5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

BUND: Das Subventionsfass dicht machen

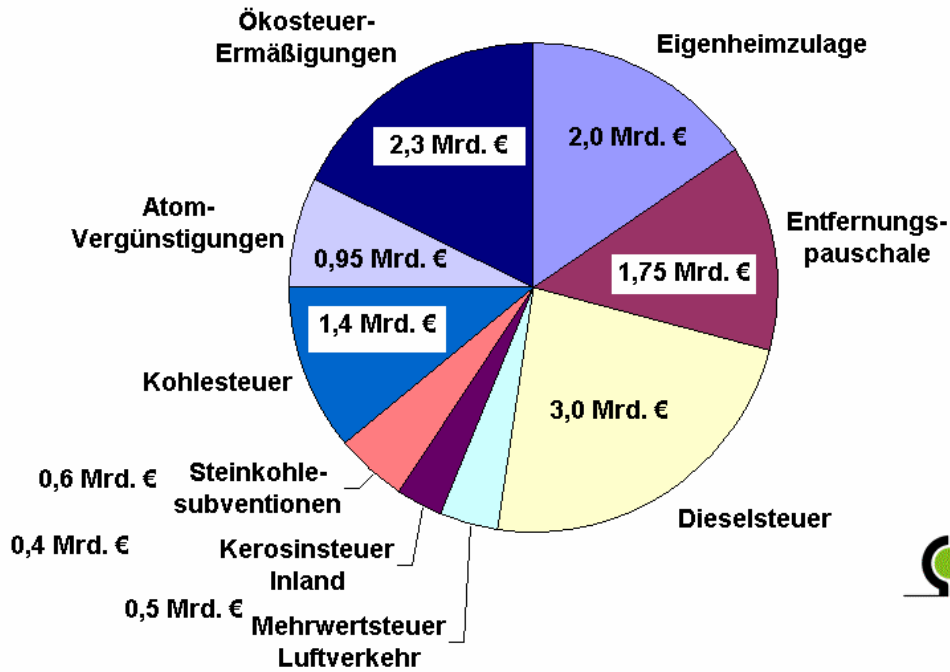
Am 2. Juli 2003 verabschiedete das Bundeskabinett die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2004, der im Herbst 2003 im Bundestag beschlossen wird. Ein verfassungs- und EU-konformer Haushalt wird nur zustande kommen, wenn in großem Umfang Subventionen abgebaut werden. Der BUND hat eine detaillierte Liste mit Kürzungsvorschlägen bei den umweltschädlichen Subventionen im Wohnungs-, Verkehrs- und Energiebereich vorgelegt. Bereits innerhalb von drei Jahren ließen sich 13 Mrd. Euro jährlich einsparen. Unter dem Motto "Machen Sie das Subventionsfass dicht" forderte der BUND die Länderregierungen bei einer Aktion am 20. Juni auf, den Subventionsabbau bei der Eigenheimzula-

ge, der Entfernungspauschale und der Mehrwertsteuerbefreiung im Luftverkehr nicht im Bundesrat zu blockieren. Notfalls müsse die Bundesregierung den Mut haben, erste Schnitte bei den Steuervergünstigungen für Diesel, Kerosin, Kohle und Kernbrennstoffe sowie bei den Ökosteuer-Ermäßigungen anzusetzen. Bei diesen Steuervergünstigungen sind Änderungen ohne Zustimmung des Bundesrates möglich.

Das BUND-Subventions-Dossier zum Download unter: <http://www.oeko-steuer.de/subventionen>
Kommentar von Matthias Seiche in der taz vom 03.06.2003:

<http://www.taz.de/pt/2003/06/03/a0106.nf/text>

Kurzfristiges Einsparpotenzial durch Abbau umweltschädlicher Subventionen: 13 Mrd. € innerhalb von 3 Jahren



6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

LKW-Maut wird zum 31. August eingeführt

[KlimaKompakt Spezial Nr.12, 06.06.2003] Nach jahrelangem Ringen konnte Ende Mai durch die Einigung über die LKW-Maut ("fahrleistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe", LSVa) ein weiterer Schritt zur Auflösung des Reform- und Verkehrstaus in Deutschland gemacht werden. Er macht die Wettbewerbsbedingungen für die klimaverträgliche Schiene ein wenig fairer und liefert damit einen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehr. Denn in den letzten Jahren sind zwar die CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen - aufgrund der Ökosteuer und der Preisentwicklung beim Rohöl - absolut gesunken. Allerdings sieht es beim Straßengüterverkehr ganz anders aus, so dass dieser unter den Landverkehrsträgern als der Bereich einzustufen ist, wo am dringendsten Maßnahmen gegen einen weiteren Emissionsanstieg notwendig sind.

Auf der Zielgeraden wurde die Lenkungswirkung der LKW-Maut noch reduziert: Die Unionsmehrheit im Bundesrat setzte sich im Vermittlungsausschuss mit ihrer Forderung nach einer geringeren Belastung der Spediteure durch. Der ursprünglich vorgesehene Maut-Betrag von durchschnittlich 15 Cent pro Fahrzeugkilometer wurde deshalb auf 12,4 Cent gesenkt.

Informationen des Bundesverkehrsministeriums:

Fakten zur LKW-Maut: <http://www.bmvbw.de/LKW-Maut-720.htm>

Die Lkw-Maut kommt pünktlich zum 31. August 2003 - Quantensprung in der Verkehrspolitik (Rede von Bundesminister Stolpe):

<http://www.bmvbw.de/bmvbw-.302.15038/Die-Lkw-Maut-kommt-puenktlich-zum-31.-August-200...htm>

Allianz pro Schiene kritisiert LKW-Maut-Kompromiss

[B.A.U.M.- News Nr. 32, 13.06.2003] Die Allianz pro Schiene hat den Kompromiss des Bundesrates zur LKW-Maut scharf kritisiert. Es sei "verlogen", dass die unionsgeführten Länder die Absenkung der Mauthöhe mit dem Argument erzwungen hätten, dass deutsche Speditionen im europäischen Vergleich Wettbewerbsnachteile erleiden, sagte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege.

"Auch ausländische LKWs zahlen die Maut auf deutschen Straßen, sie profitieren also auch von der niedrigeren Maut. Der so genannte Kompromiss gleicht keine Wettbewerbsnachteile aus, sondern führt die Maut als verkehrspolitisches Lenkungsinstrument ad absurdum", so Flege. "Der Kompromiss des Bundesrates verwässert die LKW-Maut bis zur Unkenntlichkeit. Das ist ein Rückschlag für die

Umwelt, und eine schwere Niederlage für Verkehrsminister Stolpe."

Nun gelte es nach Einschätzung der Allianz pro Schiene, die Maut schnell einzuführen und konsequent auszubauen, um die politisch gewollte Lenkungswirkung zu erzielen, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Die Mautgebühr müsse dazu schrittweise erhöht und ihr Geltungsbereich auch auf Bundesstraßen erweitert werden. Weitere Kompensationen für das LKW-Gewerbe und die Zweckbindung der Maut-Einnahmen für den Straßenbau lehnte die Allianz pro Schiene ab.

Die Allianz pro Schiene ist ein Zusammenschluss von 16 Non-Profit-Organisationen sowie 31 Wirtschaftsunternehmen:

<http://www.allianz-pro-schiene.de/>

BGH gibt grünes Licht für grünen Strom

[BMU Pressedienst Nr.99/03, 11.06.2003] Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die heutige Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) begrüßt. Das Gericht hat bestätigt, dass das EEG mit dem Grundgesetz und dem Europarecht vereinbar ist und die Revision eines Stromversorgers gegen eine gleich lautende

Entscheidung des Oberlandesgerichts Schleswig zurückgewiesen.

"Ich freue mich, dass nach dem Europäischen Gerichtshof jetzt auch das höchste deutsche Zivilgericht grünes Licht für grünen Strom gegeben hat", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Er erwarte, dass die großen Stromversorger ihren

Widerstand gegen Erneuerbare Energien jetzt aufgeben und sich auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung besinnen. "Erneuerbare Energien sind ein zentraler Baustein der Umwelt- und Energiepolitik der Bundesregierung. Ich gehe davon aus, dass die Stromversorger sich darauf einstellen", sagte Trittin.

Die Bundesregierung hat mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Rahmenbedingungen für einen Wachstumsboom bei den Erneuerbaren Energien geschaffen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch hat sich von 4,6 Prozent

im Jahr 1998 mittlerweile fast verdoppelt und liegt derzeit bei knapp 9 Prozent. Ein Drittel des weltweit produzierten Windstroms wird in Deutschland hergestellt. Derzeit sind in der Branche bereits 130.000 Menschen beschäftigt.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: "Vom kräftigen Ausbau der Erneuerbaren Energie profitieren die Wirtschaft, die Beschäftigten und das Klima."

Nähere Informationen zum EEG finden Sie unter <http://www.bmu.de/de/1024/js/sachthemen/erneuerbar/ee/main.htm#>

DIW-Präsident Klaus Zimmermann: Weg mit der Lohnsteuer!

[Dieter Heuman, VDI nachrichten, 23. 5. 2003] Die Abschaffung der Lohnsteuer und eine Erhöhung der indirekten Steuern fordert DIW-Präsident Klaus Zimmermann. Wir veröffentlichen Teile des Interviews aus den VDI-Nachrichten.

VDI nachrichten: Seit 1960 ist der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen von 12 % auf 35 % gestiegen, der Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern von 35 % auf 15 % gesunken. Sollte dieser Trend umgekehrt werden?

Zimmermann: Vermögensteuer wird derzeit nicht erhoben. Die Möglichkeiten, Kapital ins Ausland zu transferieren, sind für die Unternehmen groß. Ich bin generell dafür, mobile Produktionsfaktoren steuerlich nicht stark zu belasten. Mein Vorschlag: Die direkten Steuern – also auch die Lohnsteuer – sukzessive abzuschaffen – und dafür indirekte Steuern zu erheben. Eine sozial austarierte Mehrwertsteuer erfasst alle im Land Konsumierenden, also Rentner, Arbeiter, Reiche und Schwarzarbeiter, die dann auch zur Finanzierung des Staates beitragen.

VDI nachrichten: Sind die Steuersätze in Deutschland zu hoch?

Zimmermann: Einzelne Steuern sind hoch – aber insgesamt ist die Steuerbelastung nicht so dramatisch. Im internationalen Vergleich bewegen wir uns insgesamt im Mittelfeld.

VDI nachrichten: Und wie beurteilen Sie die Abgabenlast insgesamt im internationalen Vergleich?

Zimmermann: Die Abgabenlast, gerade bei den Lohnnebenkosten, ist zu hoch. Dies bedroht immer mehr den Bestand an Arbeitsplätzen.

VDI nachrichten: Sollten Leistungen der Sozialversicherung stärker aus Steuern finanziert werden?

Zimmermann: Der Sozialversicherung sind viele versicherungsfremde Leistungen aufgebürdet worden. Zum Beispiel die Finanzierung erheblicher Teile der Einheit oder das Mutterschaftsgeld. Damit muss Schluss sein. In Zeiten hohen Wachstums finanzierte man staatliche Leistungen über die Sozialversicherung und umging so Steuerhöhungen. In Zeiten hoher Lohnnebenkosten und einer demografischen Schiefelage erweist sich diese Strategie als nicht mehr tragfähig.

VDI nachrichten: Kann man von einem unflexiblen Arbeitsmarkt sprechen, wenn jährlich zwischen 6 Mio. und 7 Mio. Arbeitnehmer ihren Arbeitgeber wechseln?

Zimmermann: Die Arbeitnehmer sind allgemein mobil, aber bei weitem nicht in dem Ausmaß wie z. B. in den USA. Die Arbeitsmobilität geht hierzulande sogar seit ca. 20 Jahren tendenziell zurück. Allerdings hängt das auch mit der gleichzeitigen Abnahme der Jobangebote zusammen. Es gibt andererseits auch Arbeitsplatzangebote, deren Besetzung an der Unflexibilität Einzelner scheitert.

VDI nachrichten: Wie viele Stellen könnten in der deutschen Wirtschaft in den nächsten Jahren noch wegfallen?

Zimmermann: In diesem Jahr haben wir im Jahresdurchschnitt 4,5 Mio. Arbeitslose zu erwarten. Sollten wir über 2004 hinaus Wachstumsraten von nur ein bis zwei Prozent haben, sehe ich durchaus auch über 5 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.

Subventionsvorwürfe gegen Ökostrom unbegründet

[ECO-News, 03.06.2003] Die gegenwärtige Kritik einiger Spitzenpolitiker der CDU und SPD an der Förderung von Ökostrom wie z.B. Windenergie gefährdet nach Einschätzung des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) die Einlösung der Klimaschutzziele und die Schaffung von langfristig über 500.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Vor dem Hintergrund der anstehenden Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) appelliert der BEE an die Politiker, Störmanöver gegen die erneuerbaren Energien und deren Förderung sofort einzustellen.

Das EEG ist nach Auskunft des BEE das effizienteste Förderinstrument für umweltfreundlichen Strom weltweit. Durch die vom Gesetzgeber gesetzlich garantierte Abnahme von Ökostrom und seine wirtschaftliche Vergütung konnte der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf neun Prozent gesteigert werden. Durch erhebliche Anstrengungen der Industrie konnten die Kosten von Ökostrom zugleich erheblich gesenkt werden. Die Kosten von Windstrom sinken jährlich um 4 Prozent, die Kosten von Solarstrom sogar um 7,5 Prozent. Die Förderung von Ökostrom wird jährlich entsprechend gesenkt. Die Kosten fossiler Energieträger werden in den nächsten Jahren hingegen deutlich zunehmen, ebenso die Folgekosten durch zunehmende Klimaschäden.

"Die Schere zwischen den Kosten von Strom aus erneuerbaren Energien und Strom aus Kohle, Gas

und Kernkraft geht nicht auseinander sondern zusammen. Mittelfristig laufen die Mehrkosten von Ökostrom gegen Null", erklärt BEE-Präsident Johannes Lackmann.

Zuletzt hatte sich unter anderem der nordrhein-westfälische CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers gegen die Förderung des EEG in der jetzigen Form gewandt. Er warnte davor, dass die Förderung erneuerbarer Energien in einigen Jahren die Höhe der heutigen Steinkohlensubventionen erreichen würde.

Johannes Lackmann: "Die durch das EEG ausgelöste Kostensenkung von Ökostrom führt mittelfristig zu einer Entlastung der Verbraucher. Die Gesamtwälzungssumme zur Finanzierung erneuerbarer Energien wird bei zwei Milliarden Euro schon bald ihren Scheitelpunkt erreichen. Die deutsche Steinkohle erhielt in den letzten Jahren hingegen rund vier Milliarden Euro im Jahr."

Strom aus erneuerbaren Energien wird nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert, sondern sachgerecht durch eine Umlage auf den Strompreis in Höhe von lediglich rund 0,4 Cent je Kilowattstunde. "Von einer Überförderung kann keine Rede sein. Eine Diskussion im Rahmen der aktuellen Spardebatte ist haltlos und vorgeschoben. Sie gefährdet Deutschlands Führungsrolle in einem der wichtigsten Zukunftsmärkte", so Johannes Lackmann.

BEE im Internet: <http://www.bee-ev.de/>

Industriestrom ist billiger geworden

[BMU Pressedienst Nr.77/03, 19.05.2003] Industriestrom ist heute fast ein Drittel billiger als noch Mitte der Neunziger Jahre, trotz Erneuerbare-Energien-Gesetz und Ökosteuer. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für ZukunftsEnergie-Systeme (IZES), Saarbrücken, das im Auftrag des Bundesumweltministeriums die Belastung der stromintensiven Industrie durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) untersucht hat.

Demnach hat der Umbau der Energieversorgung, weg von der Kohle und Atom, hin zu Sonne, Wind und Biomasse, den bundesdeutschen Durchschnittshaushalt im letzten Jahr (2002) nur einen Euro pro Monat gekostet. Eine besondere Subventionierung stromintensiver Betriebe durch Haushalte und kleine Unternehmen sei nicht gerechtfertigt. Netz-

betreiber kassieren in Einzelfällen bis zum Doppelten des tatsächlich gerechtfertigten EEG-Aufschlages, so das Gutachten.

Die Großabnehmerpreise für Industriestrom in der Bundesrepublik sind zwischen 1995 und 2002 von rund 7,6 Cent pro Kilowattstunde auf rund 5,3 Cent gefallen. Diesem Rückgang um rund 30 Prozent steht ein EU-weiter Rückgang um nur 9 Prozent gegenüber. In den USA ist Industriestrom zwischen 1996 und 2002 sogar um 7 Prozent teurer geworden. Die Wettbewerbsposition Deutschlands hat sich also trotz Ökosteuer und EEG verbessert, so die Studie. Die Forscher errechneten, dass jedem Euro Belastung durch die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Energiewende rund acht Euro Entlastung infolge der Liberalisierung des

Strommarktes und den Wegfall des Kohlepfennigs gegenüber stehen.

Das IZES ermittelte ein weiteres Entlastungspotential von rund einem Cent pro Kilowattstunde Industriestrom. Vor diesem Hintergrund erscheint den Gutachtern eine weitere Entlastung der stromintensiven Industrie nicht notwendig. Eine Entlastung käme allenfalls dann in Frage, wenn es sich um einzelne, besonders stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes handelt, die als Härtefall eingestuft werden können.

In der Praxis verlangen Stromnetzbetreiber von ihren Industriekunden derzeit nach Erkenntnissen der IZES-Forscher als EEG-Kostenaufschlag in Einzelfällen bis zu 0,66 Cent pro Kilowattstunde. Mit einem marktwirtschaftlichen Ansatz zu Errechnung eines fairen EEG-Aufschlages ermittelt das IZES demgegenüber einen anrechenbaren EEG-Zuschlag von allenfalls rund 0,31 Cent pro Kilowattstunde für das Jahr 2002, die volkswirtschaftlichen EEG-Mehrkosten betragen sogar nur 0,29 Cent pro Kilowattstunde.

Forderungen, die individuelle Belastung der Strom-Großverbraucher zu "deckeln", also eine Obergrenze des EEG-Zuschlags für stromintensive Betriebe gesetzlich zu definieren, erteilen die Gutachter eine klare Absage. Da sich dadurch der umzulegende Gesamtbetrag nicht verändere, bedeutet dies eine zusätzliche Belastung für kleine und mittlere Unternehmen sowie für private Haushalte.

Mineralölindustrie fordert effektiven und kostengünstigen CO₂-Emissionshandel

[Mineralölwirtschaftsverband, Die Welt, 04.06.2003] Die Mineralölindustrie fordert eine Ausgestaltung des CO₂-Emissionshandels, die dem Ziel eines global effektiven und kostengünstigen Klimaschutzes entspricht. So sollten die CO₂-Zertifikate grundsätzlich und dauerhaft kostenlos vergeben werden. Ansonsten würden der am Emissionshandel beteiligten Industrie finanzielle Mittel entzogen, die dringend für Investitionen zur weiteren Verbesserung der Energieeffizienz benötigt werden. Darüber hinaus sollte dieses neue Klimaschutzinstrument in seiner internationalen Anwendung nicht beschränkt werden. Nach unserer Überzeugung macht es keinen Sinn, den Emissionshandel für bestimmte Branchen verpflichtend einzuführen und gleichzeitig seine Anwendung zu begrenzen.

Daher fordern wir: Kein Vorrang nationaler Klima-

Die Forscher haben Forderungen von Verbänden der Großindustrie, Stromkunden ab einem Jahresbedarf von 100.000 Kilowattstunden praktisch vollständig von den EEG-bedingten Kosten zu entlasten, für das Berechnungsjahr 2002 unter die Lupe genommen. In diesem Fall würden beispielsweise Industrie- und Gewerbekunden, die mit einem Jahresstromverbrauch von 80.000 Kilowattstunden die Grenze nicht ganz erreichen, die jährliche EEG-Zusatzbelastung um zwei Drittel erhöhen. Für private Kunden und Haushalte würde die Zusatzbelastung von 12 Euro auf 20 Euro ansteigen. Eine pauschale Minderung des EEG-Kostenanteils für Industriebetriebe nach diesem Modell wäre wohl kaum mit den Interessen aller Stromverbraucher vereinbar, so das Fazit der Gutachter.

Das vollständige Gutachten ist auf der Internetseite des BMU abrufbar unter

http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_eeg_stromint_studie/.

Der Text für die so genannte Härtefallregelung im aktuellen Gesetzentwurf zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist herunterladbar unter

http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_eeg_haertefall/.

Ein Hintergrundpapier zum Thema ist unter http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_eeg_stromint/ zu finden.

schutzmaßnahmen, da der Emissionshandel doch gerade das Geld an Orte lenken soll, an denen Klimaschutz möglichst effektiv und kostengünstig ist. Das bedeutet auch volle Kompatibilität mit CO₂-Zertifikaten aus anderen internationalen Klimaschutzinstrumenten wie den projektbezogenen Mechanismen „Joint Implementation“ und „Clean Development“.

Kernstück des CO₂-Emissionshandels ist der so genannte Nationale Allokationsplan (NAP). In diesem werden die in Deutschland insgesamt erlaubten CO₂-Emissionen auf die gesellschaftlichen Sektoren Haushalte, Verkehr, Industrie und Energiewirtschaft verteilt. Der NAP muss Ende März 2004 fertig gestellt sein. Das bedeutet weniger als ein Jahr Zeit für zentrale Weichenstellungen in der Klima- und Wirtschaftspolitik in Deutschland. Die Mineralölindustrie hat vor diesem Hintergrund Vorstellungen zum

NAP entwickelt. Dabei ist zunächst einmal festzustellen, dass Deutschland seinem im Rahmen der EU-Lastenverteilung vereinbarten Ziel einer Reduzierung der Klimagase um 21 Prozent bis 2008/2012 gegenüber 1990 bereits sehr nahe gekommen ist: Bis zum Jahr 2000 betrug der Rückgang bereits 18,3 Prozent. Dies ist hauptsächlich auf die Minderungsleistungen von Industrie und Energiewirtschaft in Deutschland zurückzuführen. Die Mineralölwirtschaft geht davon aus, dass für die Bundesregierung das Minderungsziel im Rahmen der Lastenverteilung auch die Grundlage für den NAP ist. Im NAP sollten die zur Erreichung des Minderungsziels bei den Treibhausgasemissionen von 21 Prozent bis 2012 noch benötigten Reduzierungen zu Beginn des Emissionshandels im Jahr 2005 für alle Sektoren bis 2012 festgelegt werden. Damit wird verhindert, dass den Sektoren Industrie und Energiewirtschaft nachträglich zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden, wenn andere Sektoren ihre Minderungsziele verfehlen. Die erste Handelsperiode von 2005 bis 2007 sollte als Lernphase dienen; daher ist zunächst eine Allokation nach Bedarf anzustreben. In der zweiten Periode von 2008 bis 2012 sollten dann zusätzlich die noch zu erbringenden CO₂-Minderungen berücksichtigt werden. Wichtig ist für die Mineralölindustrie, dass mittels harmonisierter Kriterien Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden. Basis fairer Wettbewerbsbedingungen ist die verlässliche und EU-weit einheitliche Ermittlung der Emissionsdaten. So muss etwa verhindert werden, dass derselbe Brennstoff in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen CO₂-Faktoren bewertet wird. Eine kalkulatorische Ermittlung der Emissionsdaten ist der direkten Messung vorzuziehen. Eine besondere Herausforderung ist es zudem, den Emissionshandel in bestehende energiepolitische Regelungen einzubetten. Industrieanlagen, die sich am Emissionshandel

beteiligen, dürfen nicht durch Strompreisaufschläge aus Ökosteuer, KWK- und Erneuerbare-Energien-Gesetz mehrfach belastet werden.

Auch zwischen Umwelt- und Klimaschutzpolitik kommt es zu Zielkonflikten. So führen gesetzliche Anforderungen an den Umweltschutz oder an die Produktqualitäten häufig zu steigenden CO₂-Emissionen der Raffinerien. Der Richtlinienvorschlag zum Emissionshandel sieht vor, dass für diesen unvermeidbaren, gesetzlich bedingten CO₂-Anstieg zusätzliche Zertifikate kostenlos zugeteilt werden. Dies muss im NAP entsprechend berücksichtigt werden. Für den Markteintritt neuer oder das Wachstum bestehender Unternehmen muss ein staatlicher Puffer an zusätzlichen Zertifikaten aufgebaut werden, etwa durch den Kauf kostengünstiger internationaler CO₂-Zertifikate. Die dazu notwendigen Mittel könnten aus den Strafgeldern bei Verstößen gegen die Emissionshandelsregelungen oder aus Teilen des Ökosteueraufkommens bereitgestellt werden.

Ein Knackpunkt bei der Allokation der CO₂-Emissionsberechtigungen ist, dass die CO₂-Zertifikate, die auf der Basis der insgesamt zur Verfügung stehenden Emissionsberechtigungen auf einzelne gesellschaftliche Sektoren (Top-Down-Verfahren) verteilt werden, mit den von einzelnen Industrieanlagen benötigten CO₂-Zertifikaten (Bottom-Up-Verfahren) in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Hier kann womöglich eine Lücke zwischen Regierungszuteilung für die Sektoren Industrie und Energiewirtschaft und dem Bedarf der am Emissionshandel beteiligten Industrieanlagen entstehen. Die Industrie muss eng in die Diskussion einbezogen werden, wie eine solche Lücke gegebenenfalls geschlossen werden kann.

Weitere Informationen: <http://www.mwv.de>

Kabinett vereinfacht Dosenpfand-Regeln - Durchblick für Verbraucher, Rechtssicherheit für die Wirtschaft

[BMU-Pressedienst 103/03, 18. Juni 2003] Das Bundeskabinett hat heute dem Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin zur Novellierung der Verpackungsverordnung zugestimmt. "Für die Verbraucher werden die Dosenpfand-Regeln in sich schlüssiger und verständlicher. Für die Unternehmen schafft die Novelle Transparenz und einen klaren Rahmen für Investitionen", sagte Trittin.

Zugleich verwies er auf die positiven Arbeitplatzeffekte des Dosenpfands. Die Dosenflut habe in den letzten Jahren unzählige Arbeitsplätze gerade in der mittelständischen Getränkewirtschaft und im Handel gekostet. "Dies ist seit dem Inkrafttreten der Pfandpflicht gestoppt worden", so Trittin. "Es gibt einen deutlichen Trend zurück zu Mehrweg, der arbeitsintensiver ist als Einweg. Die Mehrwegbranche

berichtet von rund 10.000 Arbeitsplätzen in Brauereien, bei Abfüllern und im Getränkehandel, die seit Jahresbeginn neu entstanden sind. Dies muss bei den berechtigten Sorgen über die aktuelle Chaosstrategie einzelner Unternehmen und ihre Folgen für Abfüller und Verpackungsindustrie mit berücksichtigt werden."

Der Kabinettsbeschluss setzt die bereits im Februar mit den Ländern, den Ressorts und den Bundestagsfraktionen abgestimmten Eckpunkte zur Novellierung der Verpackungsverordnung um. Kern der Neuregelung ist, dass Pfand künftig unabhängig vom Inhalt auf alle Einweg-Getränkeverpackungen wie Dosen oder Glas- und Kunststoffflaschen erhoben werden soll. Auf die Mehrwegquote als auslösendes Element für die Pfandpflicht wird zukünftig verzichtet. Die Frage, ob ein Getränk mit Dosenpfand verkauft werden muss oder nicht, wird sich zukünftig an der Umweltverträglichkeit der Verpackung und nicht mehr am Inhalt entscheiden. "Mit der Neuregelung beseitigen wir etliche Schlupflöcher und Ungereimtheiten der aktuellen Regelung"; sagte der Bundesumweltminister.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht verständliche Unterscheidungen des geltenden Rechts werden aufgehoben. Den Unterschied zwischen Eisteebüchsen mit Kohlensäure und Pfand und Eisteebüchsen ohne Kohlensäure und folglich ohne Pfand wird es zukünftig genau so wenig geben wie die unterschiedliche Behandlung von - pfandpflichtigen - Cola-mit-Bier-Dosen und - pfandfreien - Cola-mit-Rum-Dosen. Beimischungen von Alkohol, Milch oder Molke befreien zukünftig nicht mehr von der Pfandpflicht.

Ausgenommen von der Pfandpflicht sind zukünftig Einweggetränkeverpackungen, die als ähnlich umweltschonend eingestuft sind wie Mehrwegverpackungen. Das gilt für Getränkekartons, Polyethylen-Schlauchbeutel und so genannte Standbodenbeutel. Diese Freistellung ökologisch vorteilhafter Einwegverpackungen von der Pfandpflicht ist von besonderer Bedeutung für Getränkearten wie Säfte und Trinkmilch. Hier wäre es nach dem geltenden Recht nur noch eine Frage der Zeit, bis auch sie vom Einwegpfand betroffen wären.

Im Bereich Milch wurde mit der Milchwirtschaft ein Kompromiss gefunden. Er führt im Ergebnis dazu, dass Frischmilch vollständig und auch fast alle

Mischgetränke mit einem Milchanteil unbefandert bleiben.

Inhaltsbezogene Ausnahmen von der allgemeinen Pfandpflicht wird es, wie bisher auch schon, für Sekt, Spirituosen und so genannte diätetische Lebensmittel wie Babynahrung, geben. Neu aufgenommen in diesen Katalog wurde Wein, für den der ökologische Nutzen einer Pfandregelung nach Auffassung der Bundesregierung den wirtschaftlichen Aufwand nicht rechtfertigt. Die Verordnung bedarf der Beteiligung des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates bevor sie verkündet werden kann. Sie soll nach einer Übergangsfrist von 6 Monaten nach Verabschiedung in Kraft treten.

Unabhängig vom Fortgang der Novelle sind Handel und Industrie in der Pflicht, die Einrichtung eines bundesweiten Pfand-/Rücknahme-Systems weiter voranzutreiben. Sie haben dem Bundesumweltminister im Dezember 2002 zugesagt, dass dieses bereits nach geltendem Recht erforderliche System spätestens zum 1. Oktober 2003 installiert sein wird. Nach zwischenzeitlichen Irritationen haben verantwortungsbewusste Teile der Getränkewirtschaft diese Zusage erneuert. Ernährungsindustrie und Handel werden unter Federführung der Unternehmen Lekkerland-Tobaccoland und Spar ein für alle Anbieter offenes Rücknahmesystem für bepfandete Einweggetränkeverpackungen aufbauen. In der ersten Ausbaustufe ist derzeit mit einer Beteiligung von rund 100.000 Verkaufsstellen bundesweit zu rechnen. Daneben werden die meisten Discounter so genannte Insellösungen mit spezifischen Verpackungen einrichten, vorwiegend für ihre Hausmarken und No-Name-Produkte. "Damit sind sowohl die im Convenience-Bereich wichtigen Kioske und Tankstellen weiter in der Lage, Einweg zu vertreiben, als auch die Discounter, über die das Massengeschäft läuft. Ein Ende der Pfandbon- und Zettel-Wirtschaft ist absehbar", so Trittin.

Nach der Verpackungsverordnung ist zwar grundsätzlich ein einziges flächendeckendes Rücknahmesystem denkbar, wie es z.B. in Schweden seit vielen Jahren funktioniert. Daneben sind jedoch viele Alternativen möglich. Dazu gehören die erwähnten Insellösungen einzelner Unternehmen wie auch Modelle, die sich am Pfandclearing der Mehrwegseite orientieren, was einige französische Mineralwasserhersteller seit langem vormachen.

DaimlerChrysler entwickelt weltweit ersten synthetischen Dieselkraftstoff

[Pressemitteilung, 30.06.2003] Die DaimlerChrysler AG hat heute in Stuttgart im Rahmen ihrer Umwelt-Pressekonferenz den weltweit ersten synthetischen Dieselmotorkraftstoff vorgestellt, der beim Autofahren die CO₂-Bilanz in der Atmosphäre nicht belastet. Dieser Kraftstoff wird durch vollständige Verwertung von organischen Substanzen hergestellt. Das bei der Verbrennung im Motor entstehende Kohlendioxid ist beim Wachsen der Pflanzen der Luft entnommen worden.

Damit entfällt die seit der Geburtsstunde des Automobils gegebene Situation von zusätzlichem Eintrag von Kohlendioxid in die Atmosphäre durch den aus Erdöl hergestellten Kraftstoff beim Autofahren. Entsprechend hoch bewertet der Konzern die Herstellung des Biokraftstoffs: Prof. Jürgen Hubbert, im DaimlerChrysler-Vorstand verantwortlich für die Mercedes Car Group: „Wir stehen am Anfang einer hoffnungsvollen Entwicklung.“

Der Kraftstoff – laut Dr. Thomas Weber, stellvertretendes Mitglied des Vorstands der DaimlerChrysler AG und verantwortlich für Forschung und Technologie, „der sauberste und umweltfreundlichste Diesel, den es je gab“ – wird in einem vom BMWA geförderten Forschungsprojekt gemeinsam mit der Firma Choren in Freiberg in Sachsen hergestellt. Dort hat Choren eine Anlage aufgebaut, in der Biomasse aus Holzresten zu Kraftstoff umgesetzt wird. Dies ist die erste Anlage ihrer Art weltweit. Dem Forschungsprojekt hatte sich im Herbst letzten Jahres auch Volkswagen angeschlossen.

Der neue Biokraftstoff, dem DaimlerChrysler den Kunstnamen „Biotrol“ gegeben hat, kann den bisherigen Kraftstoffen bedenkenlos beigefügt werden. Ob er sogar zu 100 % getankt werden kann, oder ob dann Modifikationen an den Motoren erforderlich sind, wird in den jetzt beginnenden Forschungsarbeiten geklärt. Dazu hat der Konzern heute eine eigene Tankstelle eröffnet, an der Forschungsfahrzeuge in wachsender Zahl den neuen Kraftstoff tanken werden. Gegenstand der Forschung sind außerdem Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Fragen der nachhaltigen Produktion und Fragen zur Energiebilanz.

Weil der Kraftstoff ohne Probleme beigemischt werden kann, senkt sich nicht nur die CO₂-Neuemission von neuen Fahrzeugen in bestehenden

Flotten, sondern alle Dieselfahrzeuge könnten ab Verfügbarkeit des Kraftstoffes ihre CO₂-Neuemissionen je nach Umfang der Beimischung senken. Nach Ansicht des Unternehmens ließen sich aus heutiger Sicht im nächsten Jahrzehnt erhebliche Anteile des EU Dieserverbrauchs mit dem Biokraftstoff decken.

Dr. Weber bot der Mineralölindustrie Zusammenarbeit an. Die Politik in Berlin und Brüssel ermutigte Weber, die weitere Entwicklung mit „klugen Weichenstellungen“ zu erleichtern und insbesondere in Umweltdiskussionen zwischen CO₂-Emissionen aus biogenen und fossilen Quellen zu unterscheiden.

Die Herstellungskosten für Biotrol liegen nach Angaben des Konzerns mit zur Zeit rund 70 Cent je Liter noch beim Zwei- bis Dreifachen der Kosten konventioneller Kraftstoffe. Mit der Weiterentwicklung der Herstellungstechnik und optimierter Distribution erwartet DaimlerChrysler, dass die Kosten weiter sinken. Da biogene Kraftstoffe seit dem letztem Jahr von der Mineralölsteuer ausgenommen sind, könnte Biotrol schon heute zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Prof. Herbert Kohler, Umweltbevollmächtigter des Konzerns und Forschungsdirektor, sagte während der Eröffnung der ersten Zapfsäule: „Der neue Biokraftstoff, eine farblose, klare Flüssigkeit, unterscheidet sich grundsätzlich von allen anderen bisherigen aus Biomaterial hergestellten Kraftstoffen“.

Noch steht der Kraftstoff nur in kleinen Mengen zur Verfügung. Die Produktionsanlage von Choren ist ein Pilotprojekt, das aber bald durch eine zweite Anlage mit einer höheren Herstellungskapazität und weiter entwickelter Technik ergänzt werden soll. Zuvor stehen intensive Forschungsarbeiten mit dem neuen Kraftstoff an, DaimlerChrysler und Choren seien jedoch zuversichtlich, dass die Erwartungen an den neuen Kraftstoff auch erfüllt werden.

Zusätzlich berichtete DaimlerChrysler von wesentlichen Fortschritten bei der Senkung des Kraftstoffverbrauchs durch weiterentwickelte konventionelle Antriebe. Allein im letzten Jahr habe sich der Flottenverbrauch um fast 4 % auf 7,5 Liter pro 100 Kilometer verringert. In 2002 wendete der Konzern für den Umweltschutz 1,7 Mrd. Euro auf.

Volkswagen unveils world's first 1 litre car

[Sustainable Mobility News, 24.05.2003] Volkswa-

gen hat nach drei jähriger Entwicklungsarbeit das

weltweit erste Auto vorgestellt, das auf 100 km nur einen Liter Treibstoff benötigt.

After three years of secret development work, Volkswagen has unveiled the world's first car that uses no more than 1 litre of fuel to cover 100 Km – and the result is a surprisingly stylish vehicle.

The ultra-light, low slung vehicle made its first outing on public roads when it was driven by Ferdinand Piëch, former chairman of the VW board of management, on his last business trip from the Wolfsburg development centre to the company's 42nd annual general meeting in Hamburg, April, 14th 2002.

The 230 Km journey took just three hours, with the car travelling at an average speed of 75Km/h and using only 2.1 litres of fuel, the equivalent of 0.89 litres per 100 Km. The prototype carries the licence plate WOB-L1. Work on this unique vehicle started after VW's successful launch of the 3-Litre Lupo in 1999. This Lupo has so far sold 22,000 units.

The challenge was to use lightweight materials and state-of-the-art technology to produce a vehicle combining extraordinary efficiency and economy as well as high standards of safety and style.

The result is an aerodynamic, teardrop-shaped, two-person car that is only 1.25 m wide, 3.65 m long and 1 m high and has a total weight of 290 kilograms. The driver and passenger sit one behind the other in a narrow but comfortable cockpit accessed

by a hinged glass canopy that is automatically locked and released.

Powered by a single-cylinder diesel engine, the car is built entirely from composite carbon-fibre. Inside the plasticshell, the frame of the car is made from ultra-light magnesium rather than the usual aluminium.

The engine is a naturally aspirated 0.3 litre diesel developing 6.3KW or 8.5 bhp that makes the car a lively performer. The power plant is fitted in a mid-engine position ahead of the rear axle and is combined with an automatic direct shift gearbox.

The special low-friction 16-inch wheels are also made of carbon fibre and are 50 per cent lighter than conventional wheels and 30 per cent less resistant.

But Volkswagen researchers have ensured that saving weight does not mean safety is compromised. Deformable parts at the front of the vehicle and a space frame construction means the car has the same levels of impact and overturning protection as a GT racing car, the company claims. Anti-lock braking, electronic stability and driver's airbag are all fitted.

The car also has some novel features for so small a vehicle including an 80 litre boot, rear view camera to assist reversing and a starter button rather than an ignition key.

7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

EU climate emissions trading breakthrough

[Environment Daily 1470, 25.06.2003] Das Europäische Parlament hat in einer Abstimmung am 2. Juli den Weg für die Einführung des EU-Emissionshandels ab 2005 freigemacht hat. Ende diesen Jahres soll die entsprechende Richtlinie in Kraft treten. Erste Nationale Allokationspläne (NAP) der Mitgliedsstaaten sollen bis März 2004 stehen.

Governments and MEPs have clinched a deal to create an EU climate emissions trading system. The agreement removes any doubt that the scheme will become reality from 2005. The directive setting up the system is now set to enter force at the end of this year. First national emission allowance allocation

plans will be due from member states the following March.

The deal is based on compromise proposals, tabled on Monday by EU member state diplomats, following voting in the European parliament's environment committee earlier this month. Rapporteur MEP and lead negotiator Jorge Moreira da Silva was unavailable today, but other parliamentary sources told Environment Daily the package had been backed by all the assembly's political groups. The parliament should now approve the text at its second reading during plenary session in Strasbourg next week. The council will then formally accept the amendments.

Reaction has been swift: Chris Davies of the Liberals said the early deal was a "vital step" in maintaining the EU's credibility on climate issues. Green Alexander de Roo said the move would now "put pressure on the Russian Duma" to ratify Kyoto and finally bring it into force. There had been fears that failure to compromise with the council before the summer would jeopardise the scheme's start-date.

Under the terms of the accord, member states will not be subject to a quantitative cap on the amount of allowances they can distribute, contrary to the parliament's original demands. Instead they will have to hand out "no more than is likely to be needed" for the "strict application" of the national allocation plans. For the initial 2005-2008 trial period, this must be "consistent with a path towards achieving or over-achieving" Kyoto protocol targets. Auctioning of allowances remains voluntary, against parliament's earlier insistence on the guaranteed sale of at least a small portion. During the initial period, up to 5% may be auctioned, with 10% from 2008.

There is a promise of harmonised EU auctioning of allowances "after 2012".

Concessions won by the parliament include limitation of an opt-out clause during the initial phase to installations rather than whole industry sectors. Inclusion of other sectors and other greenhouse gases beyond carbon dioxide remains optional, though there is a stronger commitment for the addition of the chemicals, aluminium and transport sectors when the European Commission reviews the directive at the end of next year.

The prospect of linking Kyoto's flexible mechanism credits to the scheme remains, though softened with language insisting this should be "supplemental" to domestic action.

Weitere Informationen:

<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+PRESS+TW-20030630-S+0+DOC+XML+V0//DE&L=DE&LEVEL=2&NAV=X&LSTDOC=N#SECTION12>

Klimasünder Europa

[Berliner Zeitung, 13.05.2003] Die Länder der Europäischen Union produzierten auch im Jahr 2001 mehr klimaschädliche Gase als im Vorjahr. Damit entfernt sich die EU weiter von ihrem im Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz festgelegten Ziel, bis zum Jahr 2008 den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 um 8 Prozent zu senken.

Im Jahr 2001 betrug die Abnahme nur 2,3 Prozent; in den beiden Vorjahren lag sie noch bei 3,3 Prozent (2000) beziehungsweise bei 3,6 Prozent (1999). Als Ursache für die Verschlechterung gilt der kalte Winter 2000/2001, in dem viel Brennstoff zum Heizen verbraucht wurde. Das geht aus dem von der Europäischen Umweltagentur zusammengestellten jährlichen Emissionsbericht hervor.

In Deutschland wurden 2001 rund 1,2 Prozent mehr klimaschädliche Gase ausgestoßen als im Jahr 2000. Damit verschlechterte sich die Treibhausgasbilanz

der Bundesrepublik zum ersten Mal seit 1996. Im europäischen Vergleich schneidet Deutschland aber gut ab: Zwischen 1990 und 2001 sind die Emissionen hier zu Lande um insgesamt 18 Prozent gesunken - so viel wie in keinem anderen der großen EU-Staaten. Nur in Luxemburg verminderte sich der Ausstoß noch stärker, und zwar um 44 Prozent seit 1990.

Der größte Anstieg in der Produktion von Treibhausgasen wurde in Irland, Spanien und Portugal verzeichnet. Irland etwa erzeugte im Jahr 2001 rund 31 Prozent mehr als 1990. Damit hat das Land die EU-Vorgaben um mehr als das Doppelte überschritten. Diese hätten ihm nur einen 13-prozentigen Anstieg erlaubt.

Emissionsbericht im Internet:

http://reports.eea.eu.int/technical_report_2003_95

EU- Erweiterung: Folgen für die Umwelt- und Energiepolitik

[ECO-News, 20.05.2003] Im Sommer 2004 steht die Europäische Union vor einer Erweiterung, die die Umwelt- und Energiepolitik in Europa erheblich verändern wird. Zu dieser Einschätzung kommt der Energieexperte des Öko-Institut e.V., Dr. Felix Christian Matthes. "In einem Großteil der neuen

Mitgliedsstaaten existieren Umweltprobleme, die dringender und teilweise kurzfristiger Lösungen bedürfen", sagt der Wissenschaftler, der das Berliner Büro des Instituts für angewandte Umweltforschung leitet. "Welche Brisanz die Erweiterung gerade für den Bereich der Umwelt- und Energiepolitik hat,

wird an vielen Stellen dramatisch unterschätzt", warnt Matthes.

Zu den großen Problemen gehören nach seiner Einschätzung beispielsweise die Atomkraftwerke russischer Bauart, die in den Beitrittsstaaten betrieben werden. Hierzu zählen die Reaktoren des Tschernobyl-Typs in Litauen, aber auch die Reaktoren in Tschechien, der Slowakei und Ungarn, die den in Ost-Deutschland stillgelegten Kernkraftwerken gleichen. Probleme werden zudem die weiterhin hohen Schadstoffemissionen aus den Kraftwerken und erhebliche Wasserverschmutzungen bereiten, schätzt Matthes die Situation ein.

Die Wirtschaftskraft der meisten Beitrittsstaaten liege erheblich unter den Durchschnittswerten der EU. Dadurch werde den Kosten von Umweltschutz, gerade in Bezug auf die gemeinschaftlichen Ansätze von Umwelt- und Energiepolitik eine neue Bedeutung zukommen. Bei der ökonomisch effizienten Ausgestaltung von umweltpolitischen Instrumenten unter den Vorzeichen knapper Kassen könne hier sogar einiges von den Beitrittsstaaten gelernt werden, sagt Matthes.

Neue Herausforderungen entstehen nach Aussage des Wissenschaftlers zudem bei der Bekämpfung konventioneller Umweltprobleme wie der Luftreinhaltung. Gleichzeitig müsse sich die erweiterte Europäische Union mit dem Klimaschutz befassen. Dadurch könnten möglicherweise andere Lösungsansätze auftauchen. "Wird Klimaschutz nicht erst

Jahre nach den Bemühungen um den 'klassischen' Umweltschutz, sondern parallel dazu betrieben, können sich viele Maßnahmen einfacher und kostengünstiger gestalten lassen", sagt er

Weitere Folge der größeren EU: Mit den beitretenden Staaten werde sich das Kräftegleichgewicht in der Europäischen Union verschieben. Kohleorientierte Staaten (Deutschland, Spanien, Polen, Tschechien, Ungarn) werden einflussreicher, die Seite der atomkraftbefürwortenden Staaten wird beispielsweise mit Tschechien maßgeblich gestärkt. Eine EU-Politik, die bisher die Förderung der Kernenergie abbaut und Subventionen für umweltbelastende fossile Brennstoffe eliminiert, werde dadurch ganz sicher nicht einfacher, sagt der Wissenschaftler. Das Öko-Institut beschäftigt sich derzeit intensiv mit der Entwicklung der europäischen Politik wie dem europäischen Emissionshandel, der Zukunft des Euratom-Vertrages und den verschiedenen Facetten des liberalisierten Energiemarktes. Gleichzeitig hat das Institut in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Projekten in oder mit den Beitrittsstaaten durchgeführt.

Eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sieht das Öko-Institut darin, die Erfahrungen aus diesen beiden Arbeitsbereichen zu nutzen, um sich für eine stärkere europäische Umwelt- und Energiepolitik einzusetzen.

Öko-Institut im Internet: <http://www.oeko.de>, dann über „Bereiche“ zu „Energie&Klimaschutz“

Stockholm folgt London: Autos müssen zahlen

[Environmental News Network, 05.06.2003] Motorists hoping to get into the Swedish capital Stockholm will have pay between 10 kronor to 20 kronor (US\$1.30 to \$2.60), in part to alleviate growing congestion and stem pollution. Earlier this year, London adopted a similar plan, charging motorists on weekdays to enter a 20-square-kilometer (eight-square-mile) zone.

In a 51-49 vote Monday, Stockholm's City Council

approved the fee, led in part by governing Social Democrats, who also play a leading role in governing the Scandinavian country.

Travelers will be charged according to designated zones throughout the city and by the time of day they're driving. City- and state-run buses, motorcycles, and taxis won't be charged. Final details were being worked out. http://www.enn.com/news/2003-06-05/s_4792.asp

US-Umweltbericht: Klimaschutz-Kapitel entfällt nach Kritik der Regierung

[Frankfurter Rundschau, 25.06.2003] Nach Differenzen mit dem Weißen Haus über den Klimaschutz hat die Umweltbehörde der USA (EPA) ihren diesjährigen Umweltbericht ohne das geplante Kapitel zum Klimawandel veröffentlicht. Wegen unterschiedlicher Auffassungen und wegen der anhalten-

den Debatte über die globale Erwärmung sei der Abschnitt aus dem Bericht entfernt worden, teilte der Leiter der EPA-Forschungsabteilung, Paul Gilman, am Montag (Ortszeit) in Washington mit.

Der zweibändige Umweltbericht führt von der Luftqualität bis zum Trinkwasser eine Reihe von Ver-

besserungen auf, weist aber auch auf offene Probleme hin. Noch immer lebe die Hälfte der Bevölkerung in Regionen, in denen an manchen Tagen die Höchstwerte für Luftschadstoffe überschritten seien. Tausende Flüsse und Bäche sind dem Bericht zufolge nicht sauber genug, um allen Arten eine Lebensgrundlage zu geben. Die Zahl der Strandschließungen habe zugenommen, und jedes Jahr verschwänden 40000 Hektar Feuchtgebiete. Dagegen habe sich die Luftqualität in den USA in den vergangenen 30 Jahren um 25 Prozent verbessert. Fabriken gäben deutlich weniger giftige Substanzen in die Umwelt ab. Der Anteil der Trinkwassersysteme, die alle Gesundheitsbestimmungen erfüllten, sei in einem Jahrzehnt von 79 auf 90 Prozent ge-

stiegen.

Demokratische Senatoren, darunter die Präsidentschaftsbewerber Joseph Lieberman und Bob Graham, hatten der US-Regierung nach dem Bekanntwerden der Verweigerungshaltung des Weißen Hauses in der vergangenen Woche vorgeworfen, den Bericht entsprechend den skeptischen Ansichten von Präsident George W. Bush zum Klimawandel "frisier" zu haben. Sie forderten Bush auf, die Verantwortlichen dafür zur Ordnung zu rufen. Der nun erschienene Bericht stelle "die Fähigkeit und Autorität der EPA in Frage, einen wissenschaftlich neutralen Bericht zu veröffentlichen".

US- Umweltbericht im Internet:

<http://www.epa.gov/indicators/roe/index.htm>

US-Treibhausgase durch Emissionshandel senken

[Rat für Nachhaltige Entwicklung 28.05.2003] Mit zwei neuen Reports will die Klimaschutzorganisation "Pew Center on Global Climate Change" in den USA die politische Diskussion um Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase anheizen. Der Emissionshandel soll hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Zwischen 1990 und 2001 sind die Treibhausgasemissionen der USA um 12 Prozent gestiegen, bis 2012, so die Schätzungen des Pew, werden sie um weitere 12 Prozent zunehmen. Eine ökologisch wirksame und ökonomisch tragfähige Lösung zum Bremsen dieses Trends liege greifbar nah, betonen die Klimaschützer: Der Emissionshandel, mit dem in den USA seit vielen Jahren der Ausstoß von Luftschadstoffen in Grenzen gehalten wird, wäre auch ein ideales Mittel zur Deckelung der Treibhausgase. Ein neuer Report analysiert die bisherigen Erfahrungen mit sechs Emissionshandelsprogrammen in den USA und kommt zu dem Ergebnis, dass ein ähnlicher Handel den Ausstoß auch von Treibhausgasen innerhalb von wenigen Jahren bremsen könnte, ohne die Emittenten finanziell stark zu belasten.

In einem zweiten Report untersucht Pew drei Optionen: ein cap-and-trade-Programm, das Obergren-

zen für die Emissionen setzt und einen freien Handel mit Zertifikaten zulässt, eine Treibhausgassteuer und die Kombination von Maßnahmen für bestimmte Emissionssektoren. Die Autoren empfehlen als beste Option ein Konzept, wie es auch der geplanten EU-Richtlinie zum Emissionshandel zugrunde liegt: Großemittenten bestimmter Sektoren wie beispielsweise Kraftwerksbetreiber und energieintensive Branchen werden zum Kauf von Zertifikaten verpflichtet, die ihrem jeweiligen Ausstoß an Treibhausgasen entsprechen und mit denen frei gehandelt werden kann. Außerdem werden die Emissionen in einem bestimmten Zeitraum gedeckelt und so mittelfristig reduziert. Kombiniert damit werden Standards für Fahrzeuge und Konsumgüter, die eine Steigerung der Effizienz bei deren Produktion vorsehen. Eine solche Kombination von Maßnahmen könnte laut Pew rund 80 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen in den USA erfassen.

Die beiden Reports im Internet:

„Emissions Trading in the US“

http://pewclimate.org/projects/emissions_trading.cfm ,

„Designing a Mandatory Greenhouse Gas Reduction Program for the US“

<http://pewclimate.org/projects/USgas.cfm>

Russian cloud over global climate talks

[Environment Daily 1463, 16.06.2003] Russland zögert weiterhin, das Kiotoprotokoll zu ratifizieren. Dies überschattete die Bonner UN- Klimagespräche Mitte Juni. Dennoch wurden einige Fortschritte er-

zielt.

The UN climate change convention's two subsidiary bodies ended a fortnight of talks in Bonn, Germany on Friday. Continuing Russian hesitation over rati-

fication of the convention's Kioto protocol hung over the meeting. Without it the world's chief instrument for tackling global warming will not enter into force.

Debate in Bonn ranged widely, aimed principally at working up agreements for the next conference of parties, to be held in Italy in December. Progress in some areas was balanced by stalemate in others. There was no agreement, for example, on "good practices" in policies and measures. Likewise on the issue of potential "adverse effects" caused by policies and measures. Participants called for further work to improve estimation and reporting of greenhouse gas emissions from international aviation and maritime transport - two key economic sectors cur-

rently not covered by the Kioto protocol. Also discussed was the development of a "special climate change fund" aimed at developing countries.

Meanwhile the executive board of the Kioto protocol's clean development mechanism (CDM) created a stir by rejecting every one of the first 14 proposals submitted to it for emission baselines and monitoring methodologies to ensure that greenhouse gas mitigation projects are "additional" to what would have happened anyway. Environmental group Climate action network welcomed the move, claiming that, far from killing off the CDM, the decisions would "strengthen submissions and lead to projects with real benefits to host countries and the environment".

8. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Ich hoffe, dass ich weiterhin Ihre wichtige Arbeit verfolgen kann. Vielen Dank!“ (H.W. aus Bonn)

„Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel "Staat kassiert weniger Mineralölsteuer" gelesen und war sehr gespannt darauf, die Hintergründe zu erfahren. War weniger Mineralöl verbraucht worden? Und warum? Ökologischeres Wirtschaften? Weniger strenger Winter? Auslandsflucht beim Tanken seit der letzten Erhöhung? Auslandsflucht der energieintensiven Unternehmen?

Das hat mich brennend interessiert.

Doch Fehlanzeige: Die Tatsache "weniger Mineral-

ölsteuer" blieb unkommentiert in der Luft. Schade! Gerade an Ihrem Newsletter schätze ich die Hintergründigkeit so sehr. Wenigstens ein Satz wie: "Hieraus können jedoch keine Schlüsse gezogen werden, weil..." hätte hier spendiert werden sollen.“ (F.W. aus Forchheim)

A.d.R. Vielen Dank für diesen berechtigten Hinweis. Leider können wir diese Frage, die uns selbst auch interessiert hätte, nicht beantworten, da sich der Artikel auf rein statistische Erhebungen des Bundesfinanzministeriums bezieht und noch niemand die Ursache für den Rückgang erforscht hat.

9. JOBS

Praktikant/in gesucht im Bundesumweltministerium

Gesucht wird Student/in im Hauptstudium:

- ab September 2003 oder zu einem späteren Zeitpunkt
- für mindestens 8 und noch besser 12 Wochen oder länger
- mit Interesse an politischen Abläufen
- mit Interesse am Thema Energie und Klimaschutz, insbesondere Ökologische Steuer- und Finanzreform/Subventionen und Verkehr

- Gutes Ausdrucksvermögen, Interesse an Recherche- und Zuarbeit, schnelle Auffassungsgabe.
- Bisheriges Engagement, z.B. in Umweltverband/Politik, ist vorteilhaft, aber nicht Bedingung

Geboten wird:

- Abwechslungsreicher und interessanter Job am Puls der Zeit
- Treffen und Sitzungen mit Politprominenz

- Einblick in eine oberste Bundesbehörde

Bewerbungen bitte an (gerne auch per Email oder telefonische Vorabanfrage): Kai Schlegelmilch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, AG Z III 6 (Arbeitsgruppe Um-

welt und Energie, Klimaschutz), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin, Tel.: 01888-305-3664, Fax: 01888-305-2349, <mailto:Kai.Schlegelmilch@bmu.bund.de>, <http://www.bmu.de>

Referent/-in im BMU gesucht

Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist am Dienstsitz Berlin in der Arbeitsgruppe Z III 6 „Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, Umwelt und Energie“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 2 Jahren die Funktion **einer Referentin/eines Referenten** zu besetzen.

Die Aufgaben sind nach Vergütungsgruppe IIa Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT-O) bewertet. Es werden die bei obersten Bundesbehörden übliche Zulage (Ministerialzulage) sowie die sonstigen Leistungen des öffentlichen Dienstes gewährt. Es werden weder Trennungsgeld gezahlt noch Umzugskosten erstattet.

Da die Einstellung auf § 14 Abs. 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes beruht, können Bewerberinnen und Bewerber, die bereits in einem Arbeitsverhältnis mit der Bundesrepublik Deutschland gestanden haben, nicht berücksichtigt werden.

Aufgabengebiet:

- Angelegenheiten der Entwicklung und Umsetzung der Klimaschutzpolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- Koordinierung der Interministeriellen Arbeitsgruppe „CO₂-Reduktion“ sowie organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der Beratungen der Arbeitsgruppe,
- Vorbereitung und Mitwirkung bei der Abstimmung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung,
- Mitwirkung bei der Konzeption und Ausgestaltung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Kyoto-Protokoll Joint Implementation und Clean Development Mechanism,
- Mitwirkung beim Aufbau einer umfassenden Klimaschutzberichterstattung – Koor-

dinierung des Arbeitskreises VI der IMA „CO₂-Reduktion“ „Emissionsinventare“,

- Mitwirkung bei der Erstellung und Abstimmung der Nationalberichte der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 12 der Klimarahmenkonvention,
- Mitwirkung bei der Bearbeitung klimaschutzpolitischer Fragen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung,

Anforderungen:

- Wirtschafts- oder sozialwissenschaftliches Hochschulstudium,
- Sehr gute Kenntnisse der deutschen und internationalen Klimapolitik,
- Erfahrungen und Kenntnisse im Bereich des Einsatzes umwelt- und klimaschutzpolitischer Instrumente,
- Fähigkeit zu konzeptionellem Denken,
- Bereitschaft und Fähigkeit zu querschnittsorientiertem und interdisziplinärem Arbeiten,
- Gute englische Sprachkenntnisse,
- Hohe Flexibilität, Belastbarkeit und Einsatzbereitschaft,
- Kontaktfähigkeit und Bereitschaft zur Teamarbeit,
- Innovationsbereitschaft und Kreativität.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, lückenloser übersichtlicher Darstellung des beruflichen Werdegangs und Kopien der Zeugnisse können unter Angabe der Kennziffer 250 bis zum 21. Juli 2003 gerichtet werden an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Referat Z I 1, Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn.

ESTIF - the European Solar Thermal Industry Federation is seeking a Trainee

15 September 2003 - 15 March 2004 in Brussels, Renewable Energy House
Cost reimbursement: 750 Euro / month

ESTIF represents the solar thermal industry at EU level. More info about ESTIF can be found at <http://www.estif.org>. The trainee will share the office

with the ESTIF staff (2 other persons). The ESTIF office is located at the Renewable Energy House, in the heart of the EU area in Brussels. We share the House with other European renewable energy associations (<http://www.estif.org/8.0.html>).

The trainee will get a direct insight into the working of a European trade association, into lobbying work at EU level and into renewable energy issues. He/She will have opportunities to interact with the other associations in the Renewable Energy House.

Trainee - main areas of work

- Research on solar thermal policies in different European countries
- Preparation of a workshop at the European Commission
- Collaboration in publications / public relation activities
- Managing the Contact Database
- Administrative support

Absolutely necessary conditions

- EU citizenship
- English fluent, written and spoken
- Good academic degree finished or almost
- Ability to work independently and in a team

Praktikum im Bereich Nachhaltige Geldanlagen

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen ist ein Zusammenschluss von über 60 Unternehmen und Organisationen, der sich für Nachhaltige Geldanlagen einsetzt. Unter seinen Mitgliedern sind die Dresdner Bank, Gerling Investment, SEB Invest und die UBS. Das Forum ist in Deutschland, Österreich und der Schweiz aktiv und Gründungsmitglied des Eurosif, des europäischen Dachverbands der nationalen Foren für nachhaltiges Investment.

Ihre Aufgabe:

Eigenständiges Durchführen einer Markterhebung zu nachhaltigen Geldanlageprodukten institutioneller Investoren.

Anforderungen:

- abgeschlossenes Studium der BWL, VWL oder Wirtschaftswissenschaften mit banknahen Schwerpunkten
- Kenntnisse in Excel, PowerPoint und Word

- Active interest in the following areas: renewable energies, solar technology, EU affairs, energy/environmental policies
- Solid computer skills (MS Office, Internet)

Further qualification of the ideal candidate

- Other European languages (particularly: French, German)
- Direct experience in one or several of following areas: renewable energies, solar technology, EU affairs, energy/environmental policies
- Experience with managing website content

Please, applications by email only to <mailto:uwe.brechlin@estif.org>, deadline: 27th July 2003, telephone interviews will be held in the following week. Please, strictly use the following format:

subject line: trainee application by (your name)

email text: a short presentation/motivation statement

attachment: CV

We apologise in advance for not being able to answer personally each application.

- Eigenständigkeit, Belastbarkeit

Zusätzliche Informationen:

- die Tätigkeit ist in Vollzeit
- Beginn so bald als möglich, die Erhebung sollte Mitte September abgeschlossen sein
- Nach Fertigstellung wird die Studie breit veröffentlicht
- Bewerbungen bitte per E-Mail an <mailto:office@forum-ng.de>
- Vergütung auf Verhandlungsbasis

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung!

Anna Glombitza (Assistenz des Vorstands), Forum Nachhaltige Geldanlagen, Caspar-Theyß-Str. 14a, D-14193 Berlin, Fon: 030 89 000 68 60, Fax: 030 89 000 68 10, Email: <mailto:office@forum-ng.de>, Web: <http://www.forum-ng.de>

10. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Die Ökologische Steuerreform: Einstieg, Fortführung und Fortentwicklung zur Ökologischen Finanzreform

Das Bundesumweltministerium hat im Mai 2003 eine neue Broschüre unter dem Titel „Die Ökologische Steuerreform: Einstieg, Fortführung und Fortentwicklung zur Ökologischen Finanzreform“ herausgegeben. Zum Inhalt: Ziel der Bundesregierung ist es, durch die Ökologische Steuerreform zum Energiesparen und zur rationellen Energieverwendung anzuregen sowie erneuerbare Energien zu fördern. Diese Säulen der Energiewende sind - neben dem Atomausstieg - entscheidend für den Klimaschutz und schaffen Arbeitsplätze. Nach dem Einstieg in die Ökologische Steuerreform im Jahr 1999 ist die Fortführung bis mindestens zum Jahr 2003 beschlossen worden. Zusätzlich ist im Jahr 2003 das Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Kraft getreten sowie die Ausweitung zu einer Ökologischen Finanzreform begonnen worden.

http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_oekosteuerreform/main.htm#

Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei Subventionen

Neue Broschüre des Umweltbundesamtes: Die Subventionspolitik sollte auch Umweltschutzaspekte berücksichtigen. Umweltschädliche Subventionen sollten umgestaltet oder abgeschafft, Subventionen für Maßnahmen im Umweltschutz umgewidmet werden. In einem groß angelegten Forschungsprojekt wurde die aktuelle Subventionspolitik untersucht und dargelegt, wie eine umweltorientierte Subventionspolitik aussehen könnte. Miteinbezogen wurden neben dem allgemeinen Teil auch die Bereiche „Wohnen“ und „Agrar“.

Die Broschüre kann heruntergeladen werden unter <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/subvention.pdf>

Diskussionsbeiträge: Emissionshandel und andere klimapolitische Instrumente

Am 13. Mai hatte die Bundestagsfraktion Bündnis

90 / Die Grünen zur Diskussion zum Thema „Wie passt das zusammen? Emissionshandel und die anderen klimapolitischen Instrumente“ eingeladen. Die Beiträge von Dr. Angelika Zahrt, BUND „Ökologische Steuerreform und Emissionshandel“ und von Dr. Felix Matthes, Öko-Institut „Vergütungs- und Bonusmodelle (EEG/KWKG) und Emissionshandel“ können jetzt auf der Website von Reinhard Loske gelesen werden:

http://www.loske.de/rsvgn/rs_rubrik/0_4741_00.htm

Wuppertal Bulletin

Themen der neuen Ausgabe sind u.a. : Ökologische Finanzreform, Ökosteuer vor dem Bundesverfassungsgericht, Europäische Ökosteuervereinigung. Die Ausgabe Nr.2 des Wuppertal Bulletin finden Sie hier: <http://www.foes-ev.de/downloads/WB2-2003.pdf>

Umweltbundesamt erweitert Datenangebot zur Umweltsituation in Deutschland

(Presseinformation, 23.05.2003) Wussten Sie, dass allein in Deutschland nach derzeitigem Trend bis zum Jahr 2010 im Durchschnitt täglich 119 Hektar Natur verloren gehen, nur um unseren wachsenden Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsfläche zu stillen? Wussten Sie, wie viel Primärenergie im Jahr 2001 in Deutschland verbraucht worden ist? Umgerechnet in Kohleeinheiten und auf einen Zug verladen, hätte dieser eine Länge von rund 400 000 Kilometern und würde damit fast zehnmal um die Erde reichen! Dies und noch viel mehr erfahren Sie in "Umweltdaten Deutschland Online", das neue Angebot des Umweltbundesamtes (UBA) im Internet. Unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> finden Sie ab sofort alle im UBA verfügbaren aktuellen Daten und Fakten zur Umweltsituation in Deutschland - übersichtlich und einfach zu handhaben.

Die Förderung des Umweltschutzes im Deutschen Abgabenrecht

Das Bundesfinanzministerium hat mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums eine Broschüre mit dem Titel „Die Förderung des Umweltschut-

zes im Deutschen Abgabenrecht“ herausgegeben. In ihr werden sämtliche steuerlichen und abgaberechtlichen Förderungen des Umweltschutzes in detaillierter Weise, meist mit Angabe ihrer ökologischen Wirkung beschrieben.

Zum Inhalt: „Im Umweltbereich sind staatliche Eingriffe geboten wenn, privatwirtschaftliches Handeln spürbare externe Effekte auslöst, die über Marktprozesse nicht internalisiert werden. Ohne entsprechende staatliche Aktivitäten bestünde die Gefahr, dass die Umwelt durch privatwirtschaftliches Produktions -und Konsumverhalten über das volkswirtschaftliche Maß hinaus genutzt wird. Um die Einbeziehung von negativen externen Umwelteffekten in die Kostenrechnung der Betriebe und in die Konsumplanung der Haushalte zu erreichen, stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung.“

Die Broschüre kann herunter geladen werden unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Finanz-und-Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik-.442.1349/Artikel/.htm>

Environmental Fiscal Reform: perspectives for progress in the EU

Das “European Environmental Bureau” (EEB) hat eine neue Veröffentlichung zur Ökologischen Finanzreform unter dem Titel "Environmental Fiscal Reform: perspectives for progress in the EU" (Autor: Christian Ege Jørgensen) herausgegeben. Neben Hintergrundinformationen kann man sich u.a. darüber informieren, wie eine ÖFR auf EU-Ebene und nationaler Ebene aussehen könnte, welche Erfahrungen schon gesammelt wurden und welche Perspektiven es gibt. Die Broschüre kann im Internet herunter geladen werden:

<http://www.ecotax.info/EFRpublicationJune03.pdf>

United Kingdom: Tax and the environment - using economic instruments

HM Treasury hat einen Bericht zum Thema „Tax and the environment: using economic instruments“ veröffentlicht. Darin geht es u.a. um „Sustainable Development Objectives and Indicators“, “Setting Environmental Objectives and Standards” und “Choosing Policy Instruments“. Der Bericht ist zu finden unter:

<http://www.hm-treasury.gov.uk/media/466CB/adtaxenviron02-332kb.pdf>

Japan: Report des Wirtschaftsministeriums

Das japanische “Ministry of Economy, Trade and Industrie” (METI) hat auf seiner Website einen Report zum Thema “Perspectives and Actions to Construct a Future Sustainable Framework on Climate Change” veröffentlicht. Der Report setzt sich neben Hintergrundinformationen mit dem Kioto-Protokoll, Treibhausgasemissionen in Entwicklungs- und Industrieländern und möglichen Perspektiven auseinander. Eine Zusammenfassung sowie den gesamten Text finden Sie unter:

http://www.meti.go.jp/english/policy/index_environment.html

Jahrbuch Erneuerbare Energien 02/03

(Franz Alt, sonnenseite.com) Viele haben darauf gewartet, jetzt ist die neue Ausgabe zu haben. Das Jahrbuch Erneuerbare Energien liefert in bewährter Weise die wesentlichen Fakten, Hintergrundinformationen und Trends zu Markt, Förderung und Politik, für Argumentation und Investition. Es richtet sich an Fachleute in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verbänden und Interessengruppen sowie die interessierte Öffentlichkeit. Das Jahrbuch Erneuerbare Energien wird durch viele Experten - u.a. durch den BINE Informationsdienst – unterstützt.

Weitere Informationen unter <http://www.bine.info>

Staiß, Frithjof: Jahrbuch Erneuerbare Energien 02/03, Hrsg.: Stiftung Energieforschung Baden-Württemberg. Radebeul : Bieberstein, 2003. ISBN 3-927656-16-X. Preis: 24,95 EUR[D], 43,60 sFr

Staiß, Frithjof: Jahrbuch Erneuerbare Energien 02/03 mit CD-ROM, ISBN 3-927656-17-8. Preis: 35,20 EUR[D], 61,10 sFr

World Summit Papers Nr.22

A contribution to a Global Energy Strategy (GES)
An Oeko-Institut Policy Paper by Uwe R. Fritsche and Felix Chr. Matthes, 88 pages

Download: http://www.boell.de/en/04_thema/1888.html

11. VERANSTALTUNGEN

02.09. – 05.09, Jyväskylä, Finland: Bioenergy 2003

Topics of this conference are Bioenergy in the Nordic and EU Countries; Bioenergy Policy and Strategy, Legislation; Bioenergy Business in the Nordic Countries; Local and National Programmes; Financial and Market Instruments; Administration, Services; R&D results; Bioenergy Technologies and Management; Green Values and Certificates; Information and Training.

Weitere Informationen:

<http://www.finbioenergy.fi/bioenergy2003/>

11.09.03, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Bei dieser Veranstaltung werden Anselm Görres, Kai Schlegelmilch und Josef Riegler mit Vorträgen vertreten sein.

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>, <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

Programm

9.30 Uhr Begrüßung, Grußworte

- Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.
- Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*
- Dr. Hans-Jürgen Nantke, Leiter des Fachbereichs I, Umweltbundesamt, Berlin

10.00 Uhr "Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft muss Ziel unseres Staates werden"

Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin (angefragt)

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr "Die Ökosoziale Marktwirtschaft als Konsensmodell für das 21. Jahrhundert"

Dr. Josef Riegler, Vizekanzler a.D. der Republik Österreich, Dipl.-Ing., Präsi-

dent des Ökosozialen Forums Österreich

11.30 Uhr „Die ökologische Steuerreform – der Schlüssel zur Senkung der Lohnnebenkosten“

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*

12.00 Uhr „Die Ökologische Steuerreform in Europa – aktueller Stand“

Kai Schlegelmilch, Referent für Klimaschutz und Ökologische Steuerreform, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin

12.30 Uhr „Vom Umweltschutz als Reparaturbetrieb unserer Industriegesellschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“

Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner, Präsident a.D., Berlin

13.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen

14.00 Uhr „Globale marktwirtschaftliche Lösungsansätze zum Klimaschutz nach der Internationalen Umweltkonferenz von Johannesburg“

N.N., wissenschaftliche Referentin, Ökonomie – Research Analyst, Economy, wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) – German Advisory Council on Global Change,

15.00 Uhr Berlin Die Ökologische Steuerreform – Beginn einer umfassenden ökologischen Finanzreform“

Dr. Gerhard Timm, BUNDBundesgeschäftsführer, Berlin

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr Podiumsdiskussion unter Einbezug des Publikums zum Thema: "Konkrete Schritte zur Realisierung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft durch Ökologische Steuerreform, Emissionshandel und freiwillige Vereinbarungen“ mit

Mathias Berkel, Unternehmer, Pfälzische Spritfabrik Berkel, Ludwigshafen
Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, St. Gallen

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins *Ökologische Steuerreform (FÖS)*

Prof. Dr. Heinrich von Lersner, Präsident a.D., Berlin

Dr. Rainer Matejka, Präsident des Deutschen Naturheilbundes

Oswald Metzger, Botschafter der Initiative *Neue Soziale Marktwirtschaft*

Kai Schlegelmilch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Berlin

Diskussionsleitung: Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

17.30 Uhr **Tagungsende**

Teilnahmegebühr (einschließlich Mittagessen und Kaffee): 50,-- Euro

18.09. – 19.09, Augsburg: 3. Internationale Kongressmesse für Holzenergie

Themen u.a.: Welche Auswirkungen wird die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) auf den biogenen Strommarkt haben? Welche Möglichkeiten der Förderung des biogenen Wärmemarktes gibt es?

Begleitet wird die Veranstaltung von der gleichnamigen Fachmesse vom 18. – 21. 09, auf welcher innovative Technologien besichtigt und wichtige Kontakte geknüpft werden können.

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, <mailto:info@bioenergie.de>, <http://www.bioenergie.de>

22.09. – 25.09, Potsdam: 6. Deutsche Klimatagung

Thema: Klimavariabilität- Klima von gestern, Grundlagen für heute

Anmeldung bis 31.Juli. Nähere Informationen unter: <http://www.pik-potsdam.de/6dkt/>

13.10. – 14.10, Berlin: Governance of Sustainability

Incentives for Sustainability-Markets in Japan, Germany and other countries. Veranstalter: u.a. Wuppertal Institut

Nähere Informationen unter:

<http://www.gosd.net/pdf/berlinConference.pdf>

Kontakt: Dr. Raimund Bleischwitz, Wuppertal Institute, PO box 100480, D-42002 Wuppertal, Germany; Tel.: 49-(0)202-2492-256, Fax: -108, <mailto:raimund.bleischwitz@wupperinst.org>.

Dr. Wolfgang Brenn, Head, Project Management, Japanese-German Centre Berlin;

<mailto:wbrenn@jdzb.de>.

07.11. – 09.11, Loccum: Energie und Antriebe für die Mobilität der Zukunft

Hochgespannte Erwartungen verbindet nicht nur die Volkswagen AG mit der in Kürze bevorstehenden Produktionsaufnahme von SunFuel, eines in ihrem Auftrag neu entwickelten Treibstoffs aus pflanzlicher Biomasse, der eine Reihe von technischen, ökologischen und ökonomischen Vorzügen auf sich vereinigen soll. Wie berechtigt sind solche Hoffnungen und welche industrie-, energie- und agrarpolitischen Perspektiven könnten sich eröffnen.

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum, Tel: 05766 – 810, <mailto:eal@evlka.de>.

<http://www.loccum.de>

11.11. – 14.11.03, Wittenberg: Workshop "Business and Emissions Trading"

Vom 11. - 14. November findet in Wittenberg ein internationaler Workshop "Business and Emissions Trading" speziell für Nachwuchswissenschaftler [Habilitation(inn)en, Junior-/Assistenzprofessor(inn)en, Leiter(inn)en von Forschergruppen, Post-/Doktorand(inn)en, PhD-Student-(inn)en, PhD-Fellows] statt.

Veranstalter des Workshops sind der Lehrstuhl für Betriebliches Umweltmanagement (Prof. Dr. H.-U. Zabel) und die Professur für Umweltökonomik (Prof. Dr. B. Hansjürgens) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Arbeitsgruppe "OR im Umweltmanagement" in der Gesellschaft für Operations Research/GOR (Prof. Dr. P. Letmathe, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III: Umweltökonomie der Universität Siegen).

Die Teilnehmeranzahl ist auf maximal 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Als Gastredner und Diskussionsteilnehmer konnten international renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen werden. Die Details können der Homepage des Lehrstuhls für Betriebliches Umweltmanagement der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (auf der Menüleiste links "Workshop Emissions Trading" anklicken) entnommen werden. Dort sind auch weitere Links und Informationen enthalten bzw. werden fortlaufend ergänzt:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/lui/bwl/umwelt/>

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

70. Geburtstag von Albert Rädler

Prof. Dr. Albert Rädler beging am 6. Mai 2003 seinen 70. Geburtstag. Der international gefeierte Steuerwissenschaftler- und Praktiker war von 1997-2002 Mitglied im Vorstand des FÖS, davon 2 Jahre als stellvertretender Vorsitzender. Seit 2002 sitzt Albert Rädler im Beirat des FÖS. Der FÖS gratuliert und wünscht alles Gute!

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forschen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewie-

sen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newsletters sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).